0:97 4 Mark

illoyal

Journal für Antimilitarismus

Augenblicke Jubelseiten zum Jubiläum 4
Augen rechts Justiz gegen AntimilitaristInnen 10 13
Augen zu Verbrechen der Wehrmacht 16 18

zu wasser, zu lande und in der luft

Sieben Jahre Kampagne

Inhalt

3 **Worte zum Quartal**

4 **Sieben Jahre Kampagne**
gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär

Berichte

10 **Ehrenschutz vs. Satire**
Der Ehrenschutz für Soldaten und das Plakat „Ja, Morden."

12 **Dokumentation**

13 **Ja, Repression**
Prozesse gegen Antimilitaristinnen

16 **Es war einmal**

18 **„Dabei müßten wir doch Vorbilder für die Bundeswehr sein"**
Wehrmachtsdeserteure sind immer noch vorbestraft

20 **Gelöbnis in Zittau**

21 **Was können Ärzte im Krieg verweigern?**
Internationaler Tag des Flüchtlings

22 **Abschiebung auf dem Hermannplatz**

TKDV

24 **TKDV – Kritik aus der Szene**

25 **Verfahren gegen Axel Krauße**

Innenansichten

26 ***Illoyal*** stellt sich in illoyal vor

Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.

27 Schon wieder 'ne Mitgliederversammlung

28 Für ein Leben ohne Zwangsdienste

Kampagne Berlin

29 Erstmals Asyl für türkischen Kriegsdienstverweigerer

Kampagne Cottbus

30 Hausdurchsuchung auf Verdacht

Kampagne Potsdam

32 Die Potsdamer Garnisonkirche – Aktuelle Wiederaufbaugelüste

Service

34 **... für Einberufene** Einberufen, was nun?

35 **Termine und Adressen**

Impressum

Herausgeber
Verein Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.
Oranienstraße 25, 10999 Berlin
Tel. 030/615 11 23, Fax 030/61 50 05 29

Redaktion
Christopher Steinmetz, Frank Brendle, Michael Behrendt, Ralf Siemens, Sabine Schaaf, Ulrike Gramann (V.i.S.d.P.)

Der Inhalt der Beiträge stimmt nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein.

Titelfotos
Rolf Walter (Panzer), privat (Propaganda-flotte), Dirk Frömberg (Fighter 2000)

Gestaltung
aLorenz, Berlin

Belichtung
M8, Berlin

Druck
Medialis, Berlin

Bezug
illoyal erscheint einmal im Quartal. Für Mitglieder im Verein Mit uns gegen die Wehrpflicht ist der Preis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Einzelpreis 4 Mark. Jahresabonnement 20 Mark.

Eigentumsvorbehalt
Diese Zeitschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Liebe Leserinnen und Leser,

Ihr haltet die Nullnummer von *illoyal* in den Händen. *illoyal* – Journal für Antimilitarismus, das ist unser Name und unser Programm. Die bei uns veröffentlichten Artikel und Berichte sollen regelmäßig über wichtige Entwicklungen, die im Zusammenhang mit Militarismus und Antimilitarismus stehen, informieren – ohne Loyalität gegenüber Staat und Armee.

Herausgegeben wird die Zeitschrift vom Verein Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V. Mit diesem Journal beginnen wir, die Vereinsmitglieder und alle anderen Interessierten eigenständig über die Entwicklungen in der Friedensbewegung und der Politik auf dem Laufenden zu halten. Die Bezeichnung „Journal" haben wir bewußt gewählt, um zu betonen, daß wir abstrakte antimilitaristische Themen mit konkretem Handeln verknüpfen wollen.

So etwas kommt uns leicht von den Lippen, umso schwerer ist es umzusetzen. Einerseits ist für eine umfassende Darstellung von Problemen oder für eine fundierte Kritik eine ausführliche Analyse notwendig. Andererseits gehen beim „großen Wurf" häufig die kleineren Initiativen unter. Deswegen wollen wir aktuelle Themen auf zwei Arten behandeln: Erstens werden wir über wichtige Themen wie Abrüstung, totale Kriegsdienstverweigerung, gewaltfreie Konfliktbearbeitung kontinuierlich berichten, und zweitens setzen wir in jedem Heft einen aktuellen Schwerpunkt, der für die weitere kritische Kommentierung der Remilitarisierung der BRD relevant ist.

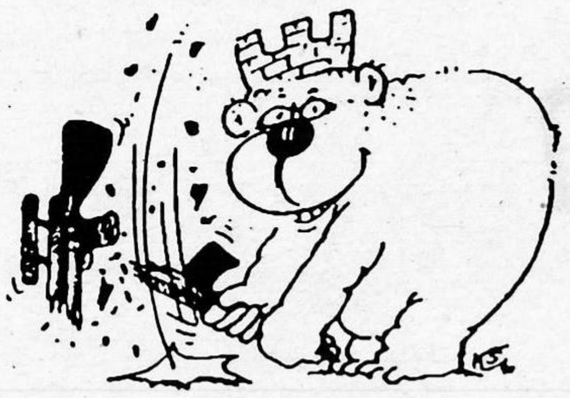
Wir wollen antimilitaristisch aktiven Gruppen und Einzelpersonen ein Forum zur Selbstdarstellung ihrer Aktivitäten geben. Also nicht nur Berichterstattung von außen, sondern auch von innen. Wichtig ist uns auch, neben der informativen Berichterstattung konkrete Hilfestellungen für Betroffene zu geben, beispielsweise für Wehrpflichtige. Auf unseren Serviceseiten werden wir daher Anlaufstellen, Kontakte und Beratungsmöglichkeiten nennen, Hinweise auf Veranstaltungen geben und als besonderen Service auch Anregungen für die Auseinandersetzung mit Wehrpflicht, Zwangsdiensten und Militär.

Ein neues Journal, ein neuer Anfang. Diese allererste Ausgabe kann leider nur ein Provisorium sein. Wir haben vor, *illoyal* in Zukunft viermal im Jahr herauszubringen, und wenn's geht, mit 44 statt 36 Seiten. Der Verein Mit uns gegen die Wehrpflicht und die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär bestehen jetzt seit sieben Jahren, deshalb räumen wir ihnen und uns in dieser Ausgabe sozusagen als Geburtstagsgeschenk einen kleinen Schwerpunkt ein.

Wenn Eure Geduld jetzt erschöpft ist, oder wenn Euch angesichts dieser hochgespannten Vorstellungen die Augen tränen und die Finger zucken, dann greift zu Papier und Stift. Anregungen, Vorschläge und Kritik sind höchst willkommen (Genauso übrigens wie ein Abonnement. Nicht nur eins – 1000!). Ganz besonders froh sind wir, wenn wir auf diesem Wege neue Initiativen kennenlernen und Ideen für unsere gemeinsame antimilitaristische Sache finden. Wir freuen uns über Vorschläge, Debattenbeiträge und informative, gut lesbare Artikel. Der nächste Redaktionsschluß ist der 1. September 1997, Themenschwerpunkt dann: „Schöne neue Bundeswehr". Und jetzt: Viel Spaß beim Lesen und Nachdenken

Eure illoyal-Redaktion

Ein besonderer Dank an dieser Stelle an den AStA TU, der uns mit einer kurzfristigen Finanzspritze geholfen hat, diese Ausgabe zu produzieren.



Als die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär am 21. Juli 1990 gemeinsam mit dem Verein Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V. in Berlin gegründet wurde, war dies die Reaktion auf die mit dem Beitritt der DDR unmittelbar bevorstehende Ausdehnung der Wehrpflicht auf Westberlin und die neuen Bundesländer – genau 34 Jahre nach Einführung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik Deutschland.

Initiiert von politisch wachsamen AktivistInnen, die bereits seit Jahren im antimilitaristischen Bereich und in Friedensinitiativen gearbeitet hatten, hoben 65 Organisationen – Vereine, Verbände, Initiativen und Kirchgemeinden, Parteien, StudentInnenausschüsse und Friedensgruppen – die Kampagne aus der Taufe und einigten sich auf die gemeinsamen Ziele

- *Ersatzlose Abschaffung der Wehrpflicht*
- *Abschaffung von Zwangsdiensten und Verhinderung der Einführung einer allgemeinen sozialen Dienstpflicht*
- *Abschaffung des Militärs und Schaffung einer entmilitarisierten Gesellschaft*

Foto unten: Wolfgang Borrs

oben
DeserteurInnenparade am 17.11.1990

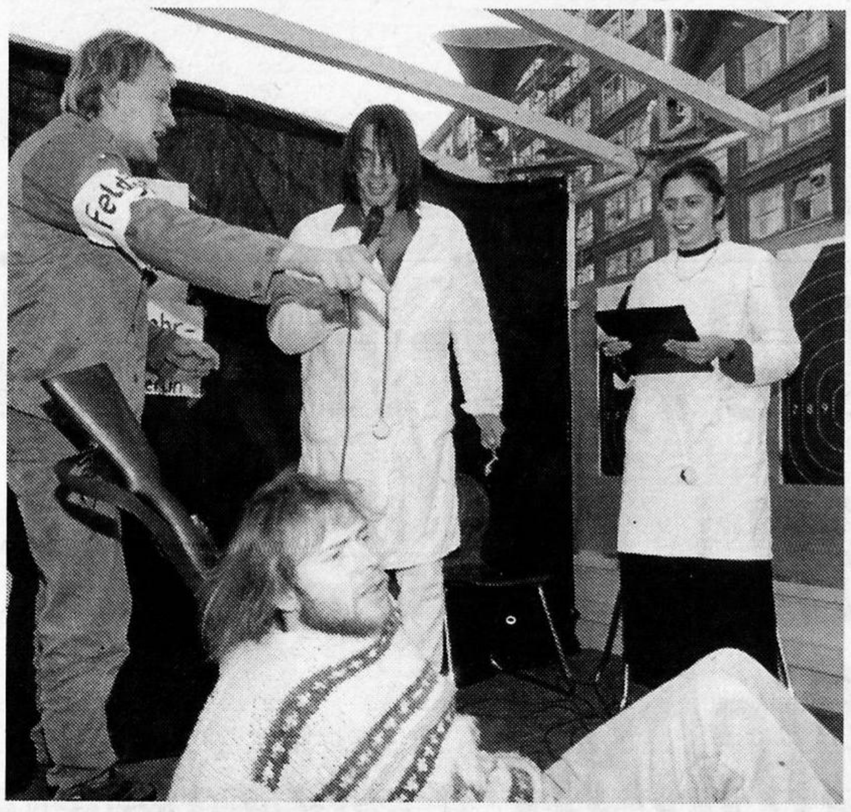
rechts
Standort Deutschland: Besetzung eines Marineschiffs am 15. Juni 1992 in Berlin

Foto: Michael Scheh! JUBELSEITEN

illoyal 0.97

„Initiiert maßgeblich die erschreckende Anti-Wehrpflicht-Haltung unter den Berliner Jugendlichen“ *(Claire Marienfeld)*

7 Jahre Kampagne
gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär



oben und rechts
Straßentheater am 3. Juli 1993 gegen den Bundeswehr-Einsatz in Somalia. Während der Aktion wurde das Café Kranzler besetzt und die Personalien der Gäste überprüft.

rechts unten
Straßentheater auf dem Alexanderplatz, 1992

ganz unten
Anläßlich des Somalia-Einsatzes wird am 1. Juli 1993 eine Blutspur von der Neuen Wache zur Bundeswehr-Pressestelle gezogen.

rechte Seite oben
Rekrutenverabschiedung auf dem Alexanderplatz

rechte Seite unten
Dreharbeiten zum Kino-Spot der Kampagne

Fotos: Christian Jungeblodt (3. von oben), alle anderen: Dirk Frömberg

Seither haben für dieses Anliegen viele direkt oder indirekt von der Wehrpflicht betroffene Menschen ehrenamtlich in den immer zahlreicher werdenden Arbeitsfeldern der Kampagne gearbeitet, haben Kriegsdienstverweigerer, Totalverweigerer, Soldaten und Reservisten beraten und betreut, Anwälte und Beistände vermittelt und Prozesse begleitet. Sie haben vielfältige antimilitaristische Aktionen – Rekrutenzugblockaden zu den Einberufungsterminen, Demonstrationen, friedliche Besetzungen von Behörden und anderen öffentlichen Plätzen – vorbereitet und phantasievoll und gewaltfrei gestaltet.
Antimilitaristische Öffentlichkeitsarbeit war und ist ein Schwerpunkt der Kampagnenarbeit, so vor allem die Ausarbeitung, ständige Aktualisierung und Verbreitung von antimilitaristischen Materialien, die Organisation und Durchführung von Seminaren und Kongressen und Sofortreaktionen in Form von Medienarbeit, wann immer über wichtige aktuelle Entwicklungen und Ereignisse im friedenspolitischen/antimilitaristischen Bereich zu informieren ist. Die MitarbeiterInnen der Kampagne engagieren sich ebenso für die Rehabilitierung von Weltkriegsdeserteuren wie für die Betreuung und Beratung von Deserteuren aus Kriegsgebieten.

Die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages würdigte in ihrem nicht öffentlichen „Bericht zur Situation der Wehrpflichtigen in den neuen Bundesländern“ vom Sommer 1996 die Kampagnenarbeit so: „Besondere Probleme bei der Rekrutierung junger Wehrpflichtiger in Berlin: Dort hat eine ‚Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär‘ durch Wehrpflicht und Wehrdienst verunglimpfende Schriften und Aktionen auf sich aufmerksam gemacht und initiiert maßgeblich die erschreckende Anti-Wehrpflicht-Haltung unter den Berliner Jugendlichen.“

Mittlerweile finden jährlich 20.000 bis 25.000 Ratsuchende in den Beratungen der Kampagne aktuelle Information und Hilfestellung. Einigen von ihnen ist dies Anlaß, selbst bei der umfangreichen Arbeit mitzuhelfen und ihre Erfahrungen weiterzugeben. Nichtsdestotrotz arbeiten alle in der Kampagne inzwischen häufig jenseits der zumutbaren Belastungsgrenze und brauchen dringend UnterstützerInnen!

Der politische Erfolg der Kampagne war und ist nur möglich durch das Engagement der unermüdlichen AktivistInnen und hier sei endlich jeder und jedem, die/der ihren/seinen Beitrag zur gemeinsamen Sache geleistet hat, sehr herzlich Dank gesagt.

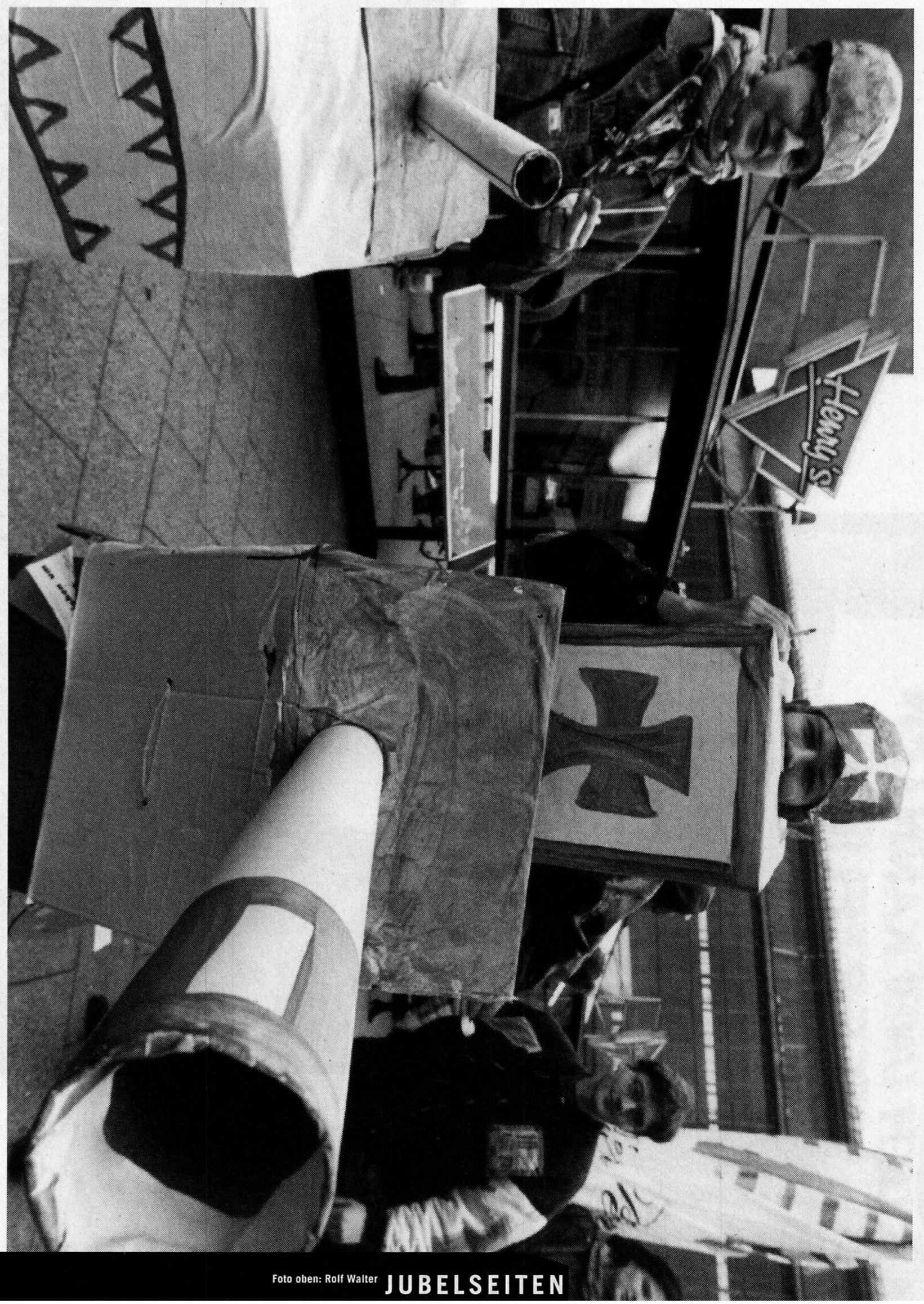


Foto oben: Rolf Walter **JUBELSEITEN**

Foto oben: Frank Rieger, unten: Theo Heimann/Xpress

oben
Aktion an der Neuen Wache in Berlin, 1993.
Die Kampagne fordert die Rehabilitation von Wehrmachtsdeserteuren.

unten und links Mitte
Zugblockade am 1. 4. 1993 am Bahnhof Lichtenberg

rechte Seite oben
Besetzung des Bendlerblocks (Außenstelle des Verteidigungsministeriums) am 2. 1. 1995

rechte Seite unten
25. 4. 1997: Kundgebung in Spandau vor der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber

Q

FotoMitte: Marily Stroux, unten: Thomas Spross

Siebenjahres-Jubelfeier

7 Jahre antimilitaristische Triebkraft, pazifistische Tugenden, kreative Schaffenskraft

sind für uns Anlaß genug, für Euch und uns ein buntes Fest mit Essen und Trinken, Live-Musik und Künstlern aus verschiedenen Bereichen auf die Beine zu stellen.

19. Juli 1997
Oranienstraße 25, Kreuzberg
19 Uhr

Im Programm werden unter anderem Mother's Pride, Schwarze Grütze und klassische Musik live zu hören und zu sehen sein.

Kampagne gegen Wehrpflicht,
Zwangsdienste und Militär
Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.

Wir dokumentieren einen Text, den Daniel Krizan und Moriz Hoffman-Axthelm in der Zeitschrift „Ästhetik und Kommunikation“ veröffentlicht haben und der sich mit dem Ehrenschutz für Soldaten auseinandersetzt, sowie die Anzeige, mit der die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär 1993 auf eine Werbekampagne der Bundeswehr reagierte.

Der Ehrenschutz
für Soldaten
und das Plakat „Ja, Morden.“

Ehrenschutz vs. Satire

Anfang der neunziger Jahre startete die Bundeswehr eine groß angelegte Pressekampagne mit ganzseitigen Anzeigen in renommierten Tageszeitungen. Diese Anzeigen zeichneten ein irreführendes Bild von Aufgaben, Betätigungsfeldern und Zielsetzungen der Bundeswehr und zeigten sich als Teil einer Traditionspflege, die vor Enthistorisierung der deutschen Kriegsverbrechen ebensowenig zurückschreckt wie vor Verklärung und Verharmlosung des Kriegshandwerks im allgemeinen. Soldaten wurden als Lebensretter, Helfer in der Not, als Erhalter von Demokratie und Frieden und letztlich natürlich als Helden dargestellt; kurz, es wurde nichts unversucht gelassen, über den wahren Charakter des Kriegshandwerks und den eigentlichen Daseinsgrund des Soldatenstandes hinwegzutäuschen und sich mit aufgabenfremden Betätigungen zu schmücken.

Es hat niemand etwas dagegen, wenn die Bundeswehr sich mit konstruktiven Leistungen hervortut. Es sollte damit jedoch ihre destruktive Aufgabenstellung nicht kaschiert werden – und es sollte auch nicht darüber hinweggetäuscht werden, daß diese konstruktiven Leistungen von (dafür geschaffenen) zivilen Einrichtungen billiger und besser zu erbringen wären. Die Bundeswehr ist keine Feuerwehr, keine Damm- und Brückenbauervereinigung und kein Caritasverein. […]

Soldaten können Mörder werden

Die Gefahr, daß Bundeswehrsoldaten Mörder werden könnten, besteht aus zweierlei Gründen. Erstens läßt sich heute eine Armee wie die Bundeswehr nicht mehr eindeutig als Verteidigungs- oder Angriffsarmee charakterisieren. […] Zweitens legen die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 über die bloße Landesverteidigung hinausgehende Aufgabenbereiche fest. Zu diesen gehören ausdrücklich die Durchsetzung der politischen und wirtschaftlichen Interessen – wörtlich – die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“. Ein Beispiel für beides stellt der derzeitige Aufbau von „Krisenreaktionskräften“ (KRK) dar. Dabei handelt es sich um Spezialeinheiten, die bereits ein knappes Sechstel der Präsenzstärke der Bundeswehr ausmachen, aber nicht der Landesverteidigung dienen, sondern vielmehr in der Lage sein sollen, eigenständig weltweite Kriegseinsätze durchzuführen zum Zwecke der „Einflußnahme auf die internationalen Institutionen und Prozesse im Sinne unserer Interessen“[1]. Die out-of-area-Einsätze der letzten Jahre dienten vor allem dazu, die deutsche Öffentlichkeit allmählich an Auslandseinsätze deutscher Soldaten jenseits der Landesverteidigung zu gewöhnen, wie auch Volker Rühe Ende 1992 selbst bekannte: „Ich bleibe dabei, daß wir auf Kampfeinsätze […] im Augenblick weder materiell noch psychologisch vorbereitet sind. […] Deswegen müssen wir Schritt für Schritt vorgehen. Es geht auch nicht nur darum, die Soldaten, sondern die ganze Gesellschaft auf diese neuen Aufgaben vorzubereiten.“ […] Dem entspricht eine PR-Arbeit, die Ziele und Methoden einer solchen Politik und ihrer Umsetzung verharmlost, verschleiert oder verschweigt. In die gleiche Richtung gehen auch die Bestrebungen in der jüngsten Zeit, Stimmen zum Schweigen zu bringen, die auf derlei Zusammenhänge öffentlichkeitswirksam hinzuweisen trachten. Die Rede ist von Bemühungen, auf die Bundeswehr oder ihre Soldaten bezogene und als ehrenrührig interpretierbare Äußerungen juristisch zu belangen. Dabei handelt es sich um einen Versuch, ein gesellschaftliches Problem, nämlich den Dissens zwischen zwei Weltanschauungen, aus der politischen in die juristische Sphäre abzuschieben: Anstatt nach demokratischer Art einen gesellschaftlichen Diskurs zu führen und einen politischen Konflikt auszutragen und zu lösen, soll eine der Positionen juristisch fixiert und durchgesetzt werden. Solcherlei Bemühungen haben in Deutschland schon Tradition und reichen zurück bis in die Weimarer Republik. Man sollte sich jedoch fragen, warum sie gerade im Verlaufe der letzten Jahre und zudem ganz offen unter Mißachtung des Bundesverfassungsgerichts derart Konjunktur haben. […] Erstens „soll das höchste Gericht in die Schranken“[2] verwiesen sowie generell die Meinungsfreiheit, die Pressefreiheit und die Kunstfreiheit beschnitten

werden[3], zweitens soll die Jugend von dem Trend abgebracht werden, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern, und drittens suchen „die Kräfte, die seit der Vereinigung die erweiterte nationale Verantwortung vor allem militärisch definieren", sich auf diese Weise Vorrang zu verschaffen sowie Unfähigkeit oder Unwillen in Bezug auf Präventivpolitik (wie z.B. in Ex-Jugoslawien) zu kaschieren[4].

Plakat kontra Ehre

Das Plakat „Deutsche Armeen in einer langen Tradition: Ja, Morden." der *Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär* erschien im Herbst 1993 im Erstsemesterinfo des AStA der TU Berlin sowie vermittelt durch die Deutsche Jugendpresse in einigen Schülerzeitungen. Mit einem Jahr Verspätung erstattete u.a. der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr Klaus Naumann Anzeige gegen die Kampagne wegen Beleidigung. Daraufhin ließ ein Mitarbeiter der Kampagne das Plakat in der *taz* und in der *Jungen Welt* als Anzeige abdrucken, wofür er – wiederum mit reichlicher Verspätung – angezeigt wurde. Als die „Lex Bundeswehr" im Bundestag spruchreif wurde, häuften sich die Anzeigen gegen die Kampagne geradezu. Einen Tag vor der entsprechenden Bundestagsdebatte wurden das Berliner Büro der *Kampagne* in den Räumen der Landesgeschäftsstelle von *Bündnis 90/Die Grünen* sowie die *taz* und die *Junge Welt* vom Berliner Staatsschutz durchsucht. Ziel war offiziell die „Beschlagnahme des Druckwerks *Ja, Morden*" sowie „daß die Durchsuchung zum Auffinden von Beweismitteln, insbesondere nach den unbekannten Beschuldigten, Unterlagen, die zur Identifizierung der Verbreiter der Druckschrift führen, führen wird. Die unbekannten Beschuldigten stehen in dem Verdacht eines Vergehens nach § 185 StGB."[5] Es verlautete, daß die Staatsanwaltschaft mit dem Ergebnis der Durchsuchung nicht zufrieden sei, so daß allgemein mit weiteren Durchsuchungen gerechnet wird.

Nun stellen sich einige Fragen: Warum soll die Ehre der deutschen Soldaten besonders geschützt werden, wenn die bisherige Rechtslage ein Vorgehen gegen vermutete Vergehen nach § 185 StGB in ausreichendem Maße ermöglicht – quod erat demonstrandum –; warum reagiert der oberste deutsche Soldat auf eine offenkundig satirische Äußerung, die in einem sehr begrenzten Umfeld (Universität und Schulen, also das Umfeld der Jugend) und von der Öffentlichkeit kaum beachtet erscheint, in derart überzogener Weise – und provoziert damit letztlich einen öffentlichen Disput; und warum wird – last but not least – Satire nicht als solche, sondern für bare Münze genommen und behandelt?

Ehre kontra Utopie

Wodurch zeichnet sich Satire aus? Sie überzeichnet und spitzt zu, sie will durch überdeutliche Darstellung auf Zusammenhänge aufmerksam machen. Dadurch übt sie Kritik, „eine Kritik, die zudem in einer radikalen Formulierung ‚verpackt' ist. Sie richtet sich gegen die mögliche Konsequenz des Soldatseins, gegen das Töten von Menschen in einem (möglichen) Krieg." Insofern stellt diese Satire die heute weithin anerkannte Rolle des Militärs und die Übereinstimmung dieser Rolle mit den Werten der zivilen Welt in Frage und bestreitet, „daß der Staat in Form der dafür zuständigen Institution legitimiert ist, Menschen das Töten anderer Menschen zu befehlen und ihnen die Verantwortung dafür abzunehmen. In diese Kritik ist somit auch die Bundeswehr als staatliche Institution einbezogen, ebenso natürlich die Soldaten, die dort ihren Dienst tun."[6] Eine Kritik ist darauf gerichtet, den kritisierten Zustand aufzuheben oder zumindest die Möglichkeit des Aufhebens in Betracht zu ziehen. Insofern kann eine Kritik Alternativen aufzeigen. Die Kritik von „Ja, Morden" enthält so in letzter Konsequenz die Utopie einer entmilitarisierten Gesellschaft im weitesten Sinne, daß heißt der Entmilitarisierung, der Gewaltfreiheit und der Abwicklung von autoritären Strukturen in der Gesellschaft. Als eine Kritik, die zudem auf eine Utopie verweist, soll diese Satire durch den Verfassungsgrundsatz der Meinungsfreiheit unbedingt geschützt sein. Darüber hinaus erhebt die Satire aber auch einen gewissen künstlerischen Anspruch. Über Kunst kann man geteilter Meinung sein, nicht aber über die künstlerische Frage: Was darf Satire? Tucholsky antwortet: „Alles!" Auf alle Fälle darf sie Kritik üben, auf alle Fälle darf sie sich satirischer Mittel bedienen, auf alle Fälle muß sie laut und deutlich sein.

Im Gegensatz zu den Vorbildern sind Ziel und Zweck des Plakates *Ja, Morden* klar: Es sucht hervorzuheben, was Bundeswehrwerbung verschleiern will, nämlich die wahre Natur des Kriegshandwerks und der dazugehörigen Ausbildung zum Soldaten: ‚Soldaten werden nicht dazu ausgebildet, in Not geratenen Menschen zu helfen und in Katastrophenfällen technische Hilfseinsätze durchzuführen, sondern dazu, andere Menschen auf Befehl zu töten.' Das Plakat will junge Menschen davor warnen, auf die Bundeswehrwerbung hereinzufallen, die ihnen ein romantisches Bild vom jungen, tapferen und mit Ehre überhäuften Helden vorgaukelt, der einzig seinem Land und der guten Sache dient, oder aber – fast noch perfider – an die Technologiebegeisterung der Jugend und an die Geldgier appelliert.

Daniel Krizan
Moriz Hoffmann-Axthelm

1) Volker Rühe: Verteidigungspolitische Richtlinien. Bonn, 1992.

2) Horst-Eberhard Richter: „Ehrenschutz. Plädoyer für die Wahrheit, die Tucholsky gemeint hat." Freitag 13/96 (22.3.96) S.13. Cgl.

3) Heribert Prantl: „Bonn verurteilt Ossietzky und Tucholsky. Das neue ‚Soldaten sind Mörder'-Gesetz bestraft, was sogar 1932 straflos war." SZ, 4.3.96.

4) Richter, a.a.O

5) Beschluß 353 Gs 4402/95 des Amtsgerichts Tiergarten vom 28.12.95.

6) Simone Köhler: „Soldaten sind potentielle Mörder" – Jüngste juristische und politische Beurteilungen dieser Aussage. Hausarbeit, unveröffentlicht, o.J.

Deutsche Ar■een in einer langen Tradition.

Ja, ■orden.

■orden i■ In- und Ausland ist für deutsche Soldaten nichts Ungewöhnliches. Erinnern wir uns: • Angriffskrieg gegen Frankreich 1871 • Deutschland beginnt einen Weltkrieg • Deutschland beginnt noch einen Weltkrieg • So■alia 1993/1994. ■enschen zu töten gehört zur Tradition von (deutschen) Ar■een.

Darauf sind wir stolz.

Wir sind i■■er noch da.

BUNDESWEHR

Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht: Kriegsdienste verweigern!

Die Wehrpflicht ist kein »legiti■esKind« der De■okratie.

Ka■pagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und ■ilitär
Oranienstraße 25 · 10999 Berlin · Tel. 61 50 05 30 · Fax 61 50 05 99

Ja, Repression

Prozesse gegen Antimilitaristinnen

Am 9. November 1995 erließ das Amtsgericht Tiergarten einen Strafbefehl wegen Volksverhetzung gegen die damalige Vorsitzende des AStA der TU Berlin, Gerit Ziegler. Anlaß war ein Artikel im ErstsemesterInfo des AStA TU im Sommersemester 1995, in dem es um Reaktionen auf den Abdruck der Anzeige „Ja, Morden." der Berliner Kampagne ein Semester zuvor ging.
Sie nahm in satirischer Form Bezug auf die Bundeswehr-Werbekampagne, in der die Bundeswehr mit Anzeigen, wie „Ja, Helfen.", „Ja, Dienen." und „Ja.Tapferkeit." für sich geworben hatte.

Unabhängig von der Anschuldigung gegen Gerit wurden Strafanträge gegen „Verantwortliche für *Ja, Morden*" gestellt und wurde 1995 das Plakat *Ja, Morden* in den Räumen des SprecherInnenrats der Universität Passau beschlagnahmt. Ein Rechtsgutachten des Verteidigungsministeriums kam bereits am 31. Oktober 1995 zu dem Ergebnis, daß der Plakattext „Ja, Morden." nicht den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllt und daß der Text keine „Schmähkritik" darstellt, sondern eine „politische Satire oder Karikatur über die Bundeswehr". Trotzdem kam es in den Folgemonaten zu Durchsuchungen der *taz* und der *Jungen Welt*, die das Plakat als Anzeige gedruckt hatten, sowie zu zweimaliger Durchsuchung der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär. Mit hohem Aufwand und geringem Nutzen – die Ermittlungsverfahren gegen die Kampagne wurden inzwischen wegen Verjährung eingestellt – wurde der Staatsapparat in Bewegung gesetzt, um die Bundeswehr vor „Volksverhetzung" und „Beleidigung" zu schützen.

Prozeß gegen Gerit

Als Zeuge beim zweiten Prozeßtermin in dem seit dem Mai 1995 laufenden Verfahren trat Dr. Volkmar Königs auf. Königs, der an der TU lehrt, hat Flugblätter an den verteidigungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Breuer, weitergeleitet und diesen damit angeregt, Strafantrag gegen Gerit zu stellen. Ob Breuer selbst beleidigt werden konnte, wurde nicht geklärt. Dafür müßte er nämlich zu dem Zeitpunkt, da sie ihm zu Augen kamen, selbst Bundeswehrsoldat gewesen sein. Da er 66 Jahre alt ist, dürfte seine letzte Reserveübung schon etwas länger zurückliegen als die inzwischen auch nicht mehr taufrischen ErstsemesterInfos aus dem Jahre 1995. Überdies konnte die Frage der Verjährung nicht geklärt werden, da sich der Zeuge nicht erinnern konnte, wo und wann er Flugblätter, ErstsemesterInfos und Plakate zuerst gesehen hat. Auf die Frage, wann das ErstsemesterInfo erschienen ist, wußte Dr. Königs nur „Dieser Unfug hat 1996 aufgehört", und klagte „Die Universität ist ein rechtsfreier Raum geworden." Er könne sich nur erinnern, „Antiwehrmacht-Anzeigen" gesehen zu haben. Auf die Frage „Bundeswehr, Wehrmacht?" meinte der Zeuge, er sei „lange genug" bei „beiden Vereinen" gewesen.

Molotowcocktails zum Fahrradputzen?

Gerits Anwalt Ströbele wies beim dritten Prozeßtermin darauf hin, daß auch die Werbekampagne der Bundeswehr mit erheblichen Unterstellungen arbeite. „Ja, Helfen." dürfe man ja ebenfalls nicht wörtlich nehmen. Ströbele verglich die *Ja, Helfen*-Werbung mit einem Menschen, der einen Molotowcocktail in der Hand halte und behaupte, dies sei „Putzmittel für mein Fahrrad". Die Antwort auf solche Werbung müsse deshalb einfach Satire sein. „Ja, Morden." spiele darauf an, daß in der Bundeswehr in Wahrheit junge Menschen zum Töten ausgebildet werden.

Dieser Argumentation Ströbeles schloß sich das Gericht überraschenderweise an. Richter Kaltenbach erklärte, die Konfrontation mit Anzeigen aus der Imagekampagne der Bundeswehr hätte ihn bewogen, Gerit freizusprechen. Die „Landesverteidigung als eigentliche Aufgabe der Bundeswehr" trete in den Bundeswehr-Anzeigen zurück. Die Kritik des Flugblattes sei zwar weitgehend, aber durchaus ein Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung. Auch den Vorwurf der Volksverhetzung wies das Gericht ab, da keiner der inkriminierten Texte ein Angriff auf das Menschsein von Soldaten sei. Das Gericht folgte nicht der Staatsanwaltschaft, die eine „spürbare" Geldstrafe gefordert und sogar mit einer Haftstrafe gedroht hatte. Der Freispruch ist allerdings noch nicht rechtskräftig.

Der Freispruch von Gerit Ziegler kann als Sieg des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung gegenüber Versuchen, antimilitaristische Arbeit zu kriminalisieren, betrachtet werden. Die öffentliche Diskussion kann auf dem Wege der Kriminalisierung sowieso nicht verhindert werden, so auch Gerit: „Es ist nicht neu, daß gesellschaftliche Konflikte vor Gericht gezerrt werden, wenn PolitikerInnen nicht willens oder unfähig sind, diese in der Öffentlichkeit auszutragen oder zu ertragen."

Ulrike Gramann

„Es wäre unklug, die Bundeswehr nicht für die brutalen kleinen Kriege gegen die kleinen bösen Männer auszubilden. […] Ist die Bundeswehr bereit und legitimiert, dieser Bedrohung notfalls auch mit brutaler Gewalt zu begegnen? Nicht immer wird man die Schmutzarbeit den Partnerländern überlassen können."

Auszüge aus der Prozeßerklärung von Gerit Ziegler

Versetzen wir uns in die Zeit zurück, in der der nun inkriminierte Artikel geschrieben bzw. das Plakat *Ja, Morden* erstellt wurde, so fällt eines auf. Die Konflikte um die neue Aufgabenzuweisung der Bundeswehr wurden nicht politisch gelöst, sondern Gerichten zugeschoben. Erinnert sei an die Entscheide des Bundesverfassungsgerichts, z.B. zu Somalia am 23. Juni 1993 und die grundsätzliche Entscheidung zu „out-of-area"-Einsätzen am 12. Juli 1994. Allerdings waren diese Beschlüsse auch auf politische Ebene höchst umstritten und nicht logische Konsequenz internationaler Forderungen, wie Herr Rühe immer wieder betont. Als „Mittelmacht mit weltweitem Interesse", so die Definition des Verteidigungsministers Volker Rühe vom 26.11.1992 in seinen „Verteidigungspolitischen Richtlinien", habe sich die Bundesrepublik Deutschland auf weltweite Kampfeinsätze, auch in eigener Regie, vorzubereiten. Als Ziele werden in diesem militärstrategischen Papier u.a. die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" genannt. […] Wer innerstaatlich zur Sicherung eigener wirtschaftlicher Interessen tötet, wird zum Mörder. Wer zwischenstaatlich zur Sicherung staatlicher wirtschaftlicher Vorteile tötet, wird zum Held? […]

So wurde 1993 mit einer Imagekampagne mittels breit gestreuter Anzeigenschaltungen von ganzseitigen Bundeswehranzeigen in überregionalen Zeitungen begonnen. Mit Slogans wie „Ja, Helfen", „Ja, Dienen", „Ja, Tapferkeit" sollte der eigentliche Charakter der Neuorientierung der Bundeswehr verschleiert werden. Um die damals in weiten Teilen der Bevölkerung vorhandenen Vorbehalte gegen Kampfeinsätze zu beseitigen, wurde auf die angeblich wachsende Verantwortung und auf die Normalisierung der internationalen Rolle Deutschlands verwiesen. Parallel dazu führte die Politik der kleinen Schritte zu einer zielstrebigen Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Einsätzen von Kambodscha über Somalia bis zum gegenwärtigen uneingeschränkten Kampfeinsatz im ehemaligen Jugoslawien.

Die Bundeswehr wird zielstrebig zur weltweit einsatzfähigen Interventionsarmee umstrukturiert. Rühe sprach 1992 von einer „zweiten Neugeburt der Bundeswehr".[1] Nicht mehr der „Frieden ist der Ernstfall", Motto und Selbstverständnis der Bundeswehr bis 1990, sondern der Krieg, der Kampfeinsatz. Neue zentrale Kommando- und Befehlsstrukturen versetzen die Bundeswehr erstmals in die Lage, eigenständig weltweite Kriegseinsätze durchzuführen. Hochmobile und innerhalb kürzester Zeit abmarschbereite Einheiten mit über 53 000 Soldaten , die Krisenreaktionskräfte, werden aufgebaut. Darunter werden 1000 Elitesoldaten mit einer achtzehnmonatigen Kampfausbildung zum Kommando Spezialkräfte zusammengefaßt Die Vorbilder sind die britische „Special Air Service" (SAS) und die US-amerikanischen „greeen barets". […] Die Erfahrungen mit solchen „special forces" zeigen, daß sie unterhalb der Schwelle offener Kriegshandlungen und damit unter Ausschluß öffentlicher Kontrolle eingesetzt werden, um beispielsweise befreundete Diktaturen zu schützen, Staatsstreiche anzuzetteln und „Terroristen zu liquidieren". […]

Oberstleutnant Herden, verantwortlich im Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr, prognostizierte Interventionen aus wirtschaftlichen Interessen: „Der Westen (wird zunächst) Expeditionsstreitkräfte einsetzen, weil er seine Interessen in fernen Gebieten wahren will […] Es wäre … unklug, sie *(die Bundeswehr – G.Z.)* nicht für die brutalen kleinen Kriege gegen die kleinen bösen Männer auszubilden. […] Ist die Bundeswehr bereit und legitimiert, dieser Bedrohung notfalls auch mit brutaler Gewalt zu begegnen? Nicht immer wird man die Schmutzarbeit den Partnerländern überlassen können." […]

Jeder Krieg fängt mit der propagandistisch-psychologischen Vorbereitung an. Darum die Ehrenschutzdebatte für Soldaten, darum öffentliche „feierliche Gelöbnisse" und „Große Zapfenstreiche", darum der Befehl zum Tragen von Uniformen in der Freizeit, darum die Millionen DM teuren Image- und Werbekampagnen der Bundeswehr, darum die strafrechtliche Verfolgung kritischer Stimmen und darum dieser Prozeß.

1) Das Parlament vom 04.09.1992, S.2

Polizisten sind keine Soldaten

Ein weiterer Prozeß im Zusammenhang mit „Soldaten und Mördern“ hat am 8. April vor dem Amtsgericht Tiergarten begonnen. Eva W. ist wegen Beleidigung von Bundeswehrsoldaten und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt während der Berliner Gelöbnix-Proteste am 31. Mai 1996 angeklagt. Sie soll „Mörder, Mörder“ in Richtung der gelobenden Soldaten gerufen und sich der Festnahme widersetzt haben. Dabei soll sie sich dem an ihr ziehenden Polizisten entgegen gestemmt und sich an einem Absperrgitter festgeklammert haben.

Eva W. gab zu Beginn der Verhandlung eine Erklärung ab, in der sie Verfahren wie dieses in den Kontext der aktuellen deutschen Außenpolitik stellte. Das „Wehrpotential“ der Deutschen soll rechtlich geschützt, und Kriegsdienste sollen aufgewertet werden, um die Bevölkerung im Sinne deutscher Einsätze out-of-area einzustimmen und an den Gedanken, daß Kriege mit direkter deutscher Beteiligung wieder möglich sind, zu gewöhnen.

Ob die Soldaten, die an diesem Tag geloben sollten, den Ruf „Mörder, Mörder“ auf sich bezogen haben können? Ob sie ihn überhaupt gehört haben? Ob einer von ihnen Strafantrag gestellt hat? Auf wessen Anzeige wegen Beleidigung das Verfahren gegen Eva letztlich zurückgeht, wurde nicht einmal erwähnt. Offen blieb übrigens auch, ob fristgerecht Anzeige erstattet wurde oder ob die Beleidigung – sofern es sich um eine handelte – nicht nach fünf Monaten schon verjährt war. Es wurde nicht einmal zweifelsfrei festgestellt, ob es überhaupt Eva gewesen war, die „Mörder, Mörder“ gerufen hatte.

Auf alle Fälle wirkte einer beleidigt: der einzige Zeuge, der an diesem Tag befragt wurde, ein Polizeidirektor Knape aus Berlin. Ähnlich wie Dr. Königs im Prozeß gegen Gerit Z. erhöhte auch der Zeuge Knape den Unterhaltungswert der Verhandlung durch die Brillanz seiner Aussagen. Nur Pech für ihn, daß Polizisten keine Soldaten sind und demzufolge nicht beleidigt sein dürfen, wenn Menschen „Mörder, Mörder!“ in die Luft rufen. K. erklärte, die an diesem Tag eingesetzten Polizisten wären durch zwei Staatsanwälte auf die Demonstrationen vorbereitet worden, die den Polizisten ausführlich das Bundesverfassungsgerichtsurteil zum Tucholsky-Zitat erläuterten. Ihrer Belehrung hat der Zeuge entnommen, das Tucholsky-Zitat wäre eine Beleidigung, weil die Demonstranten ja eigens gekommen wären, um „Konfrontation zu suchen“. Der Satz „Soldaten sind Mörder“ ist jedoch am 31.5.96 nie gefallen, und ob durch den Ruf „Mörder“ konkrete Personen angesprochen wurden, konnte der Zeuge nur aus dem Bauch heraus beantworten. Aus dem Bauch heraus hat er offenbar auch Eva W. festgenommen. Daß sie etwa genauso groß ist wie er, „größer als eine normale Frau“, scheint für den Polizisten von großer Bedeutung gewesen zu sein.

Dieser Prozeß wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Ergebnislosigkeit von Prozessen wie dem gegen Eva macht deutlich, daß hier nach dem Motto „Irgend etwas wird schon hängen bleiben“ verfahren wird. Die Beweise sind dürftig, die Delikte sind unklar, und der Zweck der Prozesse besteht offenbar darin, AntimilitaristInnen einzuschüchtern und in der Öffentlichkeit zu diffamieren.

Ulrike Gramann

Es war einmal . . .

...eine Wehrmachtsausstellung, eine große, berühmte. Nicht irgendwelche alternativen Wehrkraftzersetzer hatten das Geld dafür zusammengetragen, sondern ein finanzstarker Unternehmer. Das sicherte der Ausstellung ein angemessenes Medieninteresse, und überall im Land erhoben sich aufrechte Deutsche, die Ehre der Wehrmacht zu verteidigen. Der Schatten der Ausstellung fiel weit über das Land.

Da wurde in einer kleinen Stadt eine andere Ausstellung geboren. Eine ganz kleine, mehr ein David als ein Goliath. Und David zog durchs Land, sorgsam behütet und geschützt von Freundinnen und Freunden. Überall traf er auf den Schatten der großen Ausstellung, und weil David so klein war, traf ihn der Zorn der Menschen, die die große Ausstellung nicht verhindern konnten und sich dafür an der kleinen rächten. Da zog David einen Spiegel aus den Kleidern. Und neben den Gesichtern von gestern erschienen die Gesichter von heute, und David sprach: „Verschließt nicht die Augen, öffnet die Ohren! Und seht den Geist von gestern neben den Taten von heute!“ Weil aber David so klein war, mochten ihn die Menschen oft nicht so recht ernst nehmen. Und ihr Zorn verging und machte Platz der alles ignorierenden Gleichgültigkeit.

Ihr wollt hier nicht so weit hergeholte Märchen lesen? Keine Vergleiche, die auf beiden Beinen hinken? Ist zu verstehen. Ist doch das reale Leben viel bemerkenswerter, als sich die Geschichtenerzählerin ausdenken kann. Und trotzdem hat die Berliner Realsatire damit zu tun. Denn es gibt die große Ausstellung, es gibt die kleine Ausstellung, und es gibt die aufrechten Deutschen.

Die von der Redaktion des Jugoslawien-Bulletins und der Bunten Hilfe Heidelberg zusammengestellte Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht in Jugoslawien 1941–44“ lebt vom Engagement der Beteiligten. Sie zeigt Originaldokumente, Erinnerungsfotos deutscher Soldaten, Befehle der Wehrmacht und – besonders verwerflich – Parallelen zu bundesdeutscher Politik. Letzteres ist auch der Unterschied zu besagter großer Ausstellung: Sie verweigert sich dem Schlußstrich unter die deutsche Vergangenheit. Kein Wunder also, daß nicht deutsche Unternehmer, sondern Verweigerer zum FreundInnenkreis der Ausstellung gehören: Schlußstrichverweigerer, Wehrdienstverweigerer, Zwangsdienstverweigerer. Lauter Frauen und Männer, die den „tiefen Humanismus“ der deutschen Militärs damals und heute verneinen. Die immerzu auf irgendwelchen profanen wirtschaftlichen Interessen der deutschen Industrie herumreiten und die hehren Ziele deutscher Politik einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

Wieder einmal ebnete die deutsche Politik den Weg zum Kampfeinsatz deutscher Soldaten in Jugoslawien mit Hilfe populärer Vokabeln – Humanität, Friedenssicherung, Verantwortung –, während die deutschen Verbrechen besonders gegen Serben im 2. Weltkrieg verdrängt, verharmlost und relativiert wurden. Nun also kommen AusstellerInnen mit den alten Dokumenten, mit dem erklärten Ziel, die Legende von der „ordentlich kämpfenden“, also moralisch sauberen Truppe zu widerlegen. Die Fotografen waren Soldaten der Wehrmacht, sie waren an den fotografierten Verbrechen beteiligt und wollten das zu Hause auch beweisen können. Keiner von ihnen kann sich darauf berufen, nichts gesehen und nichts gewußt zu haben. Die Fotos dokumentieren Mittäterschaft am Terror gegen die Zivilbevölkerung, an Geiselnahme und Mord.

Nun gibt es in Berlin die Technische Universität. Sie zeichnet sich dadurch aus, daß sie keine nationalsozialistische Vergangenheit hat. Wie das sein kann? Nun, das ist leicht zu erklären: die bis 1945 existierende Technische Hochschule Charlottenburg betrieb derart intensiv Wissenschaft, Ausbildung und Forschung im Dienste der Rüstungsindustrie, daß eine Weiterführung nach Zerschlagung der faschistischen Herrschaft in Deutschland unmöglich war. Die dann neu gegründete TU Berlin distanzierte sich ausdrücklich von jeder Rüstungsforschung. Nach der „Wiedervereinigung“ Deutschlands scheiterten Versuche, nunmehr dieses nicht-militaristische Bekenntnis zu streichen. Vor diesem Hintergrund hielt es der AStA TU für eine gute Idee, die Ausstellung im Lichthof der Universität zu zei-

gen. Damit würde die Wanderung der Ausstellung durch Berlin beginnen und enden. Also beantragte der AStA die Räume, lud gemeinsam mit den anderen VeranstalterInnen[1] die JournalistInnen der Stadt zur Pressekonferenz (mit dem erwartet geringen Echo) und ahnte nichts Böses.

Dem TU-Präsidenten, Prof. Ewers, der die beantragten Räume zu genehmigen hatte, war als politisch informiertem Menschen natürlich nicht entgangen, daß die Wehrmachtsausstellung in verschiedenen Städten zu Protesten und Demonstrationen geführt hatte. Zwar komplizierte sich die Sache dadurch, daß es zwei Ausstellungen gab, aber die Tendenz schien klar zu sein: Ärger, nichts als Ärger lag in der Luft! Kurzerhand genehmigte er die Räume nicht, es sei denn, er dürfte sich zuvor von der politischen Unbedenklichkeit der zu zeigenden Dokumente überzeugen. Damit begann ein absurder Briefwechsel. Der AStA verbat sich erstens eine Einmischung in seine Autonomie und zweitens das Ansinnen der Vorzensur durch Herrn Professor. Herr Professor warf dem AStA politische Parteinahme vor. Und so bekam David doch noch die Aufmerksamkeit der Presse: die verbotene Ausstellung war vielen Zeitungen ein paar Zeilen wert. (Immer wieder spannend, so ein Machtkampf, nicht wahr? Wen interessieren da schon Inhalte...)

Am 6.5.97 nun fand also eine (verbotene!) Pressekonferenz statt. Ganz ungeniert im Lichthof der TU, unter einem Transparent „We(h)r Macht Mörder" war die Ausstellung aufgebaut, warteten die Veranstalter und ihre Gäste auf das Erscheinen des Hausherrn. Prof. Ewers hatte nämlich angekündigt, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen.

Und es passierte – nichts. Herr Professor kam nicht, die Pressekonferenz fand statt, das koreanische Fernsehen berichtete, und eine medienwirksame Chance war vertan, dem AStA seine Grenzen zu zeigen. Hinterher wurden die Schautafeln wieder eingepackt, so war dem Hausherrn gemeinerweise auch die Möglichkeit genommen, sich wenigstens heimlich die Ausstellung anzusehen. Da er somit weder offen noch getarnt die Inhalte der Ausstellung prüfen konnte, sei ihm unterstellt, daß ihm nur die politische Ruhe seiner TU am Herzen lag und keineswegs eine (vielleicht unterschwellige?) Abneigung gegenüber der Aussage der Ausstellung seine Vorgehensweise bestimmte. Wie auch immer, drei Wochen später (neun Wochen nach Antragstellung) genehmigte Prof. Ewers die Benutzung der Räume in der TU Berlin. Im Schreiben vom 28. Mai an den AStA begründete er seine Entscheidung damit, daß er nunmehr die Ausstellung geprüft hätte. Für die Eröffnungsveranstaltung kam dieser Brief zu spät, doch immerhin können die Abschlußveranstaltungen nun wie geplant stattfinden. Ach ja, diese Nachricht war natürlich kaum einer Zeitung eine Meldung wert. Ende gut, alles gut?

Im Süden Europas werden weiterhin deutsche Waffen die rein humanitären Interessen Deutschlands durchsetzen, und die Politiker werden weiter Schlußstriche unter die deutsche Vergangenheit ziehen.

Die kleine Ausstellung wird weiter als David durch deutsche Städte wandern und die Erinnerung daran wachhalten, was Waffengewalt bewirkt. Sie richtet sich gegen die Kontinuität deutscher Militärtradition, die immer noch leugnet, daß Kriege mit Verbrechen jeder Art einhergehen. Sie richtet sich gegen die Kontinuität des Schweigens in diesem Land, die es möglich macht, daß das wiedervereinigte Deutschland wiederum zur Nummer Eins in Europa aufsteigen will.

Sylvia Kirchner

1) Ein Bündnis aus: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Tommi-Weissbecker-Haus, AStA TU, AStA FU und Antifa-Initiative Moabit.

Wehrmachts-ausstellung im Lichthof der TU Berlin

Foto: Michael Behrendt

Ludwig Baumann ist überlebender Wehrmachtsdeserteur und Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V.

„Dabei müßten wir doch Vorbilder für die Bundeswehr sein“

Wehrmachtsdeserteure immer noch vorbestraft

Zum Volkstrauertag im November 1993 wurde in der Neuen Wache in Berlin die zentrale deutsche Gedenkstätte eingeweiht. Ihre Inschrift „Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft“ empört die NS-Opfer in aller Welt, weil mit ihr die Täter und Opfer in einen Topf geschmissen werden, so der bei einem Luftangriff getöte Roland Freisler, Vorsitzender des sogenannten Volksgerichtshofs, und die Opfer seiner Terrorurteile.

An diesem Volkstrauertag war ich von der Stadt Mannheim zu der zentralen Gedenkkundgebung als Deserteur eingeladen, um unserer Opfer zu gedenken. Unter den vielen Trauergästen war auch eine Bundeswehrdelegation, die dort für die gefallenen Wehrmachtssoldaten Kränze niederlegte. Als ich dann unserer hingerichteten und ermordeten Deserteure gedenken wollte, ging die Bundeswehrdelegation demonstrativ, obwohl alle anderen Trauergäste blieben. Der Standortälteste sagte mir später, er sei gegangen, weil eine Ehrung der toten Deserteure eine Verhöhnung aller Soldaten der Wehrmacht sei. Aus Sicht der Hardthöhe handelte der Offizier „von seinem Gewissen getragen“.

Dabei müßten wir Wehrmachtsdeserteure doch Vorbilder für die Bundeswehr sein: Denn wollte sie einen Krieg wie die Wehrmacht führen, wären alle Soldaten durch die Verfassung gezwungen zu desertieren, weil ein verbrecherischer Krieg und seine Befolgung bei ihr unter Strafe stehen.

An uns Wehrmachtsdeserteuren, „Wehrkraftzersetzern“ und Kriegsdienstverweigerern ist die blutigste juristische Verfolgung der ganzen deutschen Geschichte geübt worden: mindestens 30.000 Todesurteile und mehrere 10.000 Zuchthausstrafen. Über 20.000 von uns wurden hingerichtet. Überlebt haben das Grauen in den KZs und Strafbatallionen keine 4.000. Heute leben noch 200 – und wir sind alle noch vorbestraft.

Wir hatten gehofft, daß unsere Verweigerung nach dem Krieg Anerkennung finden würde, sind aber weiterhin nur als Feiglinge und Vaterlandsverräter diffamiert worden. Erst Mitte der 80er Jahre bekamen wir erste gesellschaftliche Unterstützung: Als wir 1990 unsere Bundesvereinigung gründeten, da waren wir 37 alte Menschen, fast alle gebrechlich, fast alle arm geblieben, keiner hatte Anschluß an die Gesellschaft gefunden. Und so geht es uns auch um Entschädigung, aber vor allem geht es uns um unsere Rehabilitierung und unsere späte Würde.

NS-Militärrichter waren Blutrichter

Seitdem ist viel erreicht worden: Am 11. September 1991 erklärte das Bundessozialgericht in einem Grundsatzurteil die NS-Militärjustiz zu einer Terrorjustiz, deren Urteile durchgängig Unrechtsurteile waren, und verlangte unsere pauschale Entschädigung und Rehabilitierung durch den Bundestag. Am 16. November 1995 erklärte der Bundesgerichtshof die NS-Militärrichter zu „Blutrichtern“, die wegen Rechtsbeugung als Kapitalverbrecher hätten bestraft werden müssen. Des weiteren hat der Bundesrat unsere Urteile am 18. Oktober 1996 mit breiter Mehrheit für Unrecht von Anfang an erklärt. Dieser Aussage ist die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland am 6. November 1996 fast einstimmig gefolgt. Am 19. Dezember 1996 hat der Bundesrat mit großer Mehrheit einen Gesetzentwurf verabschiedet und dem Bundestag zugeleitet, in dem die gesetzliche Aufhebung der Urteile und eine gesetzliche Entschädigung gefordert wird.

Dem so Erreichten ist durch den Bundestagsbeschluß am 15. Mai 1997 großer Schaden zugefügt worden. Denn der Beschluß stellt in seiner entscheidenden Aussage fest, daß die gegen uns verhängten Urteile unter Anlegung rechtsstaatlicher Wertmaßstäbe Unrecht waren. Anderes gilt, wenn bei Anlegung dieser Maßstäbe die der Verurteilung zugrunde liegende Handlung auch heute Unrecht wäre. Da Desertion auch heute Unrecht ist und mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft wird, werden Deserteure mit diesem Beschluß nicht rehabilitiert, sondern erneut gedemütigt.

Foto: Privatarchiv Ludwig Baumann

1) Das Sonntagsblatt vom 30.10.96

2) Anhörung im Rechtsausschuß am 29.11.95. Auch Frankfurter Rundschau vom 30.11.95

Rechts-politische Hindernisse

Der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU, Norbert Geis, hat zu dem Beschluß mehrfach erklärt, daß nur derjenige Deserteur rehabilitiert und entschädigt wird, der nicht wegen zusätzlicher Straftaten verurteilt wurde, wobei sich die „Unschuld aus der Aktenlage ergeben muß".

Bei unserer leidvollen Erfahrung mit dem Bundesfinanzministerium müssen wir davon ausgehen, daß es so entscheiden wird: Mir wurde dort einmal in einem ablehnenden Bescheid mitgeteilt, daß 10 Monate in der Todeszelle nicht mein „tatsächlich erlittenes Schicksal darstellen" – obwohl sie mein Leben zerstört haben.

Das bedeutet für die Entschädigungspraxis:

■ Die Einzelfallprüfung, die der Beschluß fünfzig Jahre nach dem 2. Weltkrieg für „unmöglich" erklärt, wird dennoch durchgeführt.

■ Die Urteile der Militärjustiz gelten immer noch als rechtsstaatliche Urteile, obwohl die höchsten deutschen Gerichte sie pauschal als Terrorurteile verworfen haben. Norbert Geis besteht darauf, Verfahren der NS-Militärjustiz wären „ohne Zweifel rechtsstaatliche[1]" Verfahren und für die Angeklagten „segensreich" gewesen. Die NS-Militärjustiz hat in Wahrheit 30.000 Menschen zum Tode verurteilt (zum Vergleich: die West-Alliierten haben einen Deserteur hingerichtet.) Die Wehrmachtsgerichtsbarkeit als Terrorinstrument zu bewerten, käme nach Geis „einem späten Sieg Hitlers" gleich, da dieser angeblich gegen die Militärjustiz getobt[2] hat, weil sie ihm nicht hart genug vorging.

■ Viele Deserteure haben tatsächlich Straftaten begangen. Aber wer konnte eine Desertion aus Hitlers Wehrmacht überleben, ohne dabei andere Straftaten – z. B. Diebstahl von Lebensmitteln, Zivilzeug, Fahrzeugen – zu begehen?

Der Beschluß des Bundessozialgerichts stellt in Punkt 1 fest, daß die Wehrmacht „einen Angriffs- und Vernichtungskrieg" führte. Mit 55 Millionen getöteten und ermordeten Menschen. Und nun sollen die Deserteure die einzigen Soldaten der Wehrmacht sein, von denen eine lupenreine Weste verlangt wird.

Wir haben nach einem Leben der Erniedrigung nichts mehr zu verlieren und lassen uns nicht unsere Würde abkaufen. Solange noch einige von uns leben, werden wir weiter für eine eindeutige Rehabilitierung kämpfen, und zwar auch für eine Rehabilitierung durch den Deutschen Bundestag.

Ludwig Baumann

Gelöbnis in Zittau

Das Militär verfing sich im Netz der AntimilitaristInnen

Ein Zeichen gutnachbarlicher Beziehungen hätte es sein sollen, das erste „internationale" öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr. Am 23. Mai gelobten auf dem Zittauer Marktplatz deutsche Rekruten in Anwesenheit polnischer und tschechischer Ehrenformationen unter den wachsamen Augen von Verteidigungsminister Rühe, der BRD treu zu dienen und „das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes zu verteidigen".

Gelöbnix-action in der Höhle des sächsischen Löwen: Eines der schärfsten Polizeigesetze Deutschlands, eine meist vordemokratische Gesinnung unter der Zivilbevölkerung, deren männliche Jugend der Kurzhaar-Springerstiefel-weiße-Schnürsenkel-Mode frönt – aber die Frage, wieso sich gute Nachbarn mit der Waffe in der Hand begegnen sollen, ließ die Kampagne nicht los, und so begab sich eine Berliner Abordnung nach Zittau ins Dreiländereck. Die knallorangen Flugblätter aus Berlin mit der Headline „Völkerfreundschaft statt Waffenbrüderschaft" waren schnell vergriffen.

Das Zusammenspiel der KampagnenvertreterInnen mit denjenigen EinwohnerInnen, die sich nicht unkritisch an Pauken und Trompeten erfreuen wollten, funktionierte so gut, daß die offensichtlich überraschte Polizei Würde und Feierlichkeit der Veranstaltung nicht wahren konnte.

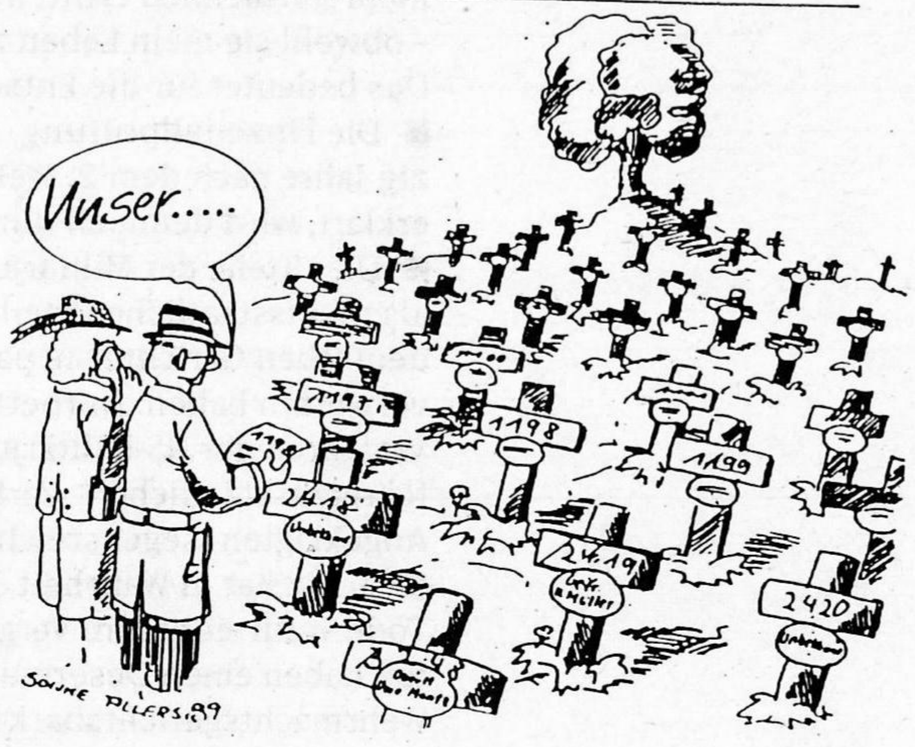
Zur Einstimmung wurden, zeitlich gut aufeinander abgestimmt, riesige Transparente von den zahlreich vorhandenen Baugerüsten entrollt. Einleitende Eröffnungsansprachen anwesender Politiker wurden ebenso wie Militärmusik von Trillerpfeifen, Gassignalhörnern und ähnlichem Lärminstrument übertönt.

Damit wenigstens die eigentliche Gelöbnisformel in Ruhe aufgesagt werden könne, sperrte die Polizei im Laufe der Zeit die Störer in sicherer Entfernung aus. Nichtsdestotrotz begleiteten Getrillere, Getröte und anderer Lärm die ganze Veranstaltung. Den penetranten Buttersäure-Gestank auf dem Platz zu neutralisieren, war es ohnehin schon zu spät …

Und weil das noch nicht genug war, durchbrachen zwei Kampagneros, während die Gelöbnisformel aufgesagt wurde, die Absperrungen und tanzten, ein Transparent mit der Aufschrift „Soldaten sind Mörder" schwingend, auf dem Marktplatz herum. Der soufflierende Offizier muß vor Schreck seinen Text vergessen haben, jedenfalls war er auf einmal ganz still. Drei Feldjäger stürzten sich auf die beiden Demonstranten – doch, o weh: Anstatt den angehenden Vaterlandsverteidigern vorzumachen, wie man mit feindlicher Zivilbevölkerung umgeht, verfing sich einer der oliven Polizisten derart ungeschickt im Transparent, daß er zum Sandwich geriet und es der Hilfe seiner Kollegen bedurfte, um endlich seine heldenhafte Festnahme zu tätigen.

Mit der Feierlichkeit war es also wieder einmal nichts, Spaß gemacht hat es allen (protestierenden) Beteiligten, und klargestellt wurde auch, daß es kein ruhiges Hinterland gibt.

Frank Brendle



Was können Ärzte im Krieg verweigern?

Wir befinden uns im Aufbau einer Gruppe „Mediziner gegen Militär". Im ganzen Text ist jede und jeder gemeint, wenn auch aufgrund der Wehrpflicht Männern eine besonders traurige Rolle zukommt.

„Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin" – eine schöne und einfache Möglichkeit, den Krieg zu verhindern. Denn wo es keine Soldaten gibt, kann es auch keinen Krieg geben. Leider ist alles etwas komplizierter, und es gibt immer noch Armeen, und immer noch werden auch in diesem Land Kriegsvorbereitungen getroffen. Im nächsten Krieg wird es vielleicht noch einen „Frontverlauf" geben, aber vor allen Dingen wird mittels moderner Waffentechnik das Hinterland bombardiert, Städte und Infrastruktur zerstört werden. Tucholskys „Quadratmeilen von Land, wo das Morden obligatorisch ist" werden auf das ganze Land ausgedehnt werden. An jedem Ort werden Ärzte damit konfrontiert sein, Kriegsverletzte versorgen zu müssen. Die anfangs erwähnte Parole kann deshalb nicht für Ärzte gelten, da der Krieg allgegenwärtig sein wird. Wer als Mediziner den Wehrdienst total verweigert, möchte damit ein politisches Zeichen setzen. Er nimmt Bestrafungen in Kauf, muß vielleicht mit einem Berufsverbot rechnen und muß sich vor allen Dingen klar machen, daß seine – nennen wir es mal so – Kriegsprophylaxe umsonst war. Schlimmer noch, er muß helfen, weil er Arzt ist, und zwar allen, Zivilpersonen wie Soldaten. Dies verlangt der hippokratische Eid von ihm.

Das einzige, was ein Arzt im nächsten Krieg tun kann, um Sand in das Getriebe des Militärs zu streuen, ist zuerst: nicht die militärische Triage anzuwenden. Triage steht für die Sortierung von Verletzten und Verwundeten in sehr schwer Verletzte, die nicht transportfähig sind, in schwer Verwundete, die transportfähig sind, und in Leichtverletzte. Im Gegensatz zur zivilen Triage werden die Menschen allerdings nicht versorgt, so daß möglichst viele Menschen überleben, was selbst schon kritisch ist, sondern die Versorgung geschieht nach rein militärisch-strategischen Gesichtspunkten. Die Verweigerung ist nur so möglich, daß die Versorgung nach zivilem und nicht nach militärischem Maßstab erfolgt. Wenn er hilft, muß ihm aber klar sein, daß er diesen Menschen eventuell wieder militärisch einsatzfähig macht. Es gibt also keine Möglichkeit, die Kriegsmaschinerie nicht zu unterstützen. Die Armee ist verweigerbar, aber nicht der Krieg. Ein Arzt kann sich letztlich dem Krieg verweigern, indem er bei der Entwicklung von Waffen nicht mitmacht, indem er vorher sagt, daß der nächste Krieg ohne ihn stattfinden wird. Denn moderne Waffen funktionieren nicht, indem sie töten, sondern indem sie den Gegner schwer verwunden *(? – die Red).* Ein verletzter Soldat behindert eine Armee mehr als ein toter. Aber auch an anderen Stellen kommt der Arzt im Krieg in Konflikt. Ist der Zivilist, den er gerade in seiner Praxis behandelt, nicht ein zukünftiger Soldat? Was ist mit der Patientin? Laut Katastrophenschutzergänzungsgesetz vom Februar 1990 sind auch Frauen zu einem unbefristeten Dienst (derzeit noch ohne Waffe) verpflichtbar. Auch damit unterstützt er die Kriegsmaschine. Und der Soldat ist „und bleibt" Mensch. Würde der Arzt einen Soldaten bewußt sterben lassen, hätte er zwar erfolgreich die Armee (nicht aber den Krieg) verweigert, wäre damit aber selber zum Soldaten geworden. Einen Ausweg aus dieser Zwickmühle aufzuzeigen, fällt uns schwer. Die einzige Möglichkeit ist, daß er dem Verletzten erklärt, warum er geholfen hat. Nicht die Angst vor Repressalien, sondern seine Verpflichtung als Arzt hat ihn dazu veranlaßt, zu helfen. Er ist nicht das „Maschinengewehr hinter der Front" (S. Freud), wie es so viele anderen Ärzte waren und sein werden, weil sie dem Krieg dienen. Er selbst will nicht, daß der Krieg gewinnt. Er verdeutlicht ihnen die Grausamkeit des Krieges, wurden sie doch von ihren „Kameraden" aufgegeben, obwohl man ihnen noch helfen konnte. Der Arzt sollte nicht versuchen, sie wieder frontauglich zu machen, sondern ihnen eine Chance bieten, weiterzuleben und gegen den Krieg zu arbeiten. Auch kann der Arzt im Zweifelsfall zuerst Zivilpersonen versorgen, bevor er sich um Soldaten kümmert, und seine Weigerung, in einem Kriegslazarett mitzuarbeiten, kann genauso viel Sand ins Getriebe streuen wie die Nichtanwendung des Triagesystems.

Nur: Einen richtigen Ausweg gibt es leider nicht.

Bernd Schafsteller
Caspar Bothmer

Abschiebung auf dem Hermannplatz

Aktion zum Internationalen Tag des Flüchtlings

Ein Berliner Asylantenheim wurde von IQ-007-Polizisten geräumt. Innensenator Schönbohm und sein Jagdhund Sekretär Böse, die Berliner CDU-Politiker Hapel und Gewalt, haben dahinter Aufstellung genommen, monieren die Überfremdung im „doitschen" Berlin und versprechen die endgültige Säuberung der Stadt von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Klaus-Rüdiger Landowsky steht auf einer schmutzigen Holzpalette. Mit seinem „Ratten-Blues" lockt er die Nager auf seine Kleidung, während sich um ihn immer mehr Müll ansammelt.

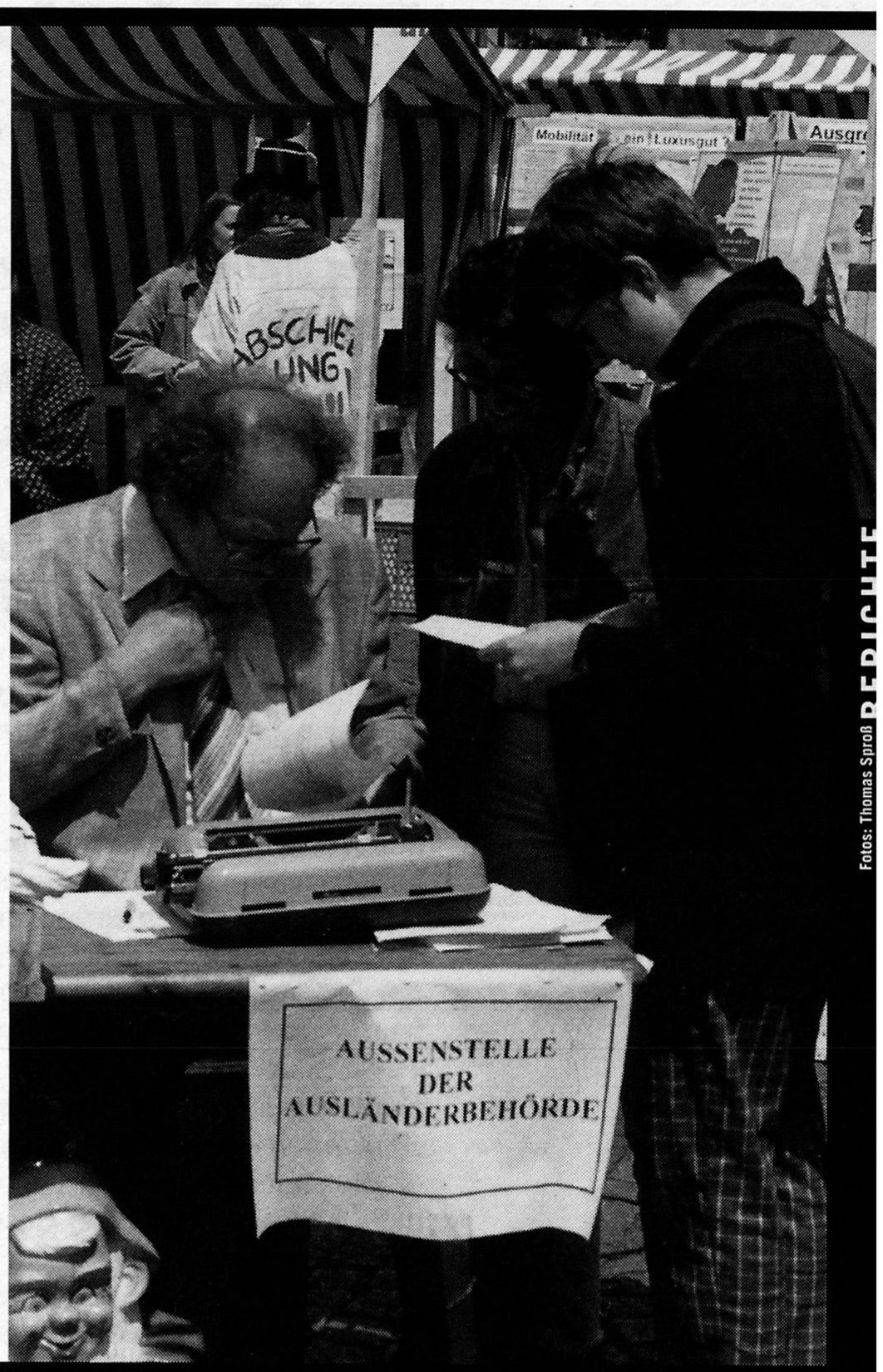
Szenen aus dem tatsächlichen politischen Leben Berlins? Fast, denn noch waren es „doitsche" Gartenzwerge, die in weiser Voraussicht die Ambitionen der realen Äquivalente transparent machten und dabei argwöhnisch von lebenden Polizisten beobachtet wurden.

Die Installation „Der Angriff von Rechts! – Politische Gartenzwerge im Kampf gegen die Überfremdung", erdacht und gestaltet von der Aktionsgruppe *abnorm*, war eine der Attraktionen, die anläßlich des Internationalen Tages des Flüchtlings am 16. Juni 1997 auf dem Hermannplatz in Berlin-Neukölln stattgefunden haben. Gleichzeitig bot die symbolische Schutzburg der *Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär* Zuflucht für Andersdenkende und Verfolgte.

Die Veranstaltung wurde vorbereitet und organisiert vom *Aktionskreis gegen Abschiebungen*, der *Kampagne* und der Initiative *Gleiche Rechte für Alle (DIDF)*. Antirassistische und antifaschistische Organisationen, Flüchtlingsvereine und der Flüchtlingsrat Berlin unterstützten diese Aktion durch Informationen.

Die Aktion wurde durch Redebeiträge und Musik aus dem ehemaligen Jugoslawien, der Türkei und dem Iran gestaltet. Karin Hopfmann vom Aktionskreis gegen Abschiebungen verlas stündlich die von den beteiligten Organisationen gemeinsam verfaßte und unterzeichnete Grundsatzerklärung zum Internationalen Tag des Flüchtlings. Scharf kritisiert wurde die Kürzung der Sozialhilfe für AsylbewerberInnen und die Ausgabe von Kostenübernahmescheinen (Scheine zum Bezug von Sachleistungen) an Flüchtlinge, sowie die Aufforderung des Berliner Senats an die Sozialämter, sogenannte „Illegale" bei der Ausländerbehörde zu denunzieren, damit sie abgeschoben werden können.

„Ich fordere Sie auf, Deutschland sofort zu verlassen! Sie sind illegal im Land. Wenn Sie diese Weisung nicht befolgen, werden Sie abgeschoben!" Zwei Beamte der provisorisch eingerichteten Ausländerbehörde verlangten von anwesenden Passantinnen und Passanten die sofortige Ausreise aus Deutschland. Von ihrer rechts neben der Schutzburg eingerichteten Außenstelle wurden schriftliche Ausreiseaufforderungen und Kostenübernahmescheine auf die Namen der Besucherinnen und Besucher aus-



Fotos: Thomas Sproß

16. Juni: Aktion zum Internationalen Tag des Flüchtlings. Rechts: Ein „Beamter" erteilt die Aufforderung zur sofortigen Ausreise.

gestellt und ausgegeben. Die beiden Schauspieler hatten Glück, von dem einen oder anderen Neuköllner Bierdosen- und Jogginghosenträger nicht sofort körperlich attackiert zu werden. Trotzdem fand diese Aktion spontanen politischen Straßentheaters großen Anklang unter den Anwesenden. „Mit Menschen darf man nicht so umgehen! Die sollen selbst entscheiden dürfen, wann sie in ihr Land zurückkehren. Wenn Berlin die heutigen Politiker aushält, dann wird es doch auch Flüchtlinge aushalten können", meinte eine Passantin.

Die AG Asyl für Deserteure (AfD) in der *Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär* informierte darüber, daß besonders Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus anderen Ländern dieser menschenfeindlichen Politik ausgesetzt sind. Deutsche Politik, deutsche Gerichte und deutsche Behörden erkennen Desertion und Kriegsdienstverweigerung grundsätzlich nicht als Fluchtgrund an, da in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht besteht. Die AG AfD forderte deswegen die Gewährung politischen Asyls für jeden nichtdeutschen Kriegsdienstverweigerer und Deserteur und einen sofortigen Stopp der Abschiebungen.

Der sattsam bekannte Innensenator Schönbohm wurde mit einem Fahndungsplakat dringend zu seiner Abschiebung gesucht. Trotz seines Bildes, der auf ihn ausgestellten Grenzübertrittsbescheinigung und der vom letzten Rest seines Gewissens unterzeichneten Information, daß für ihn ein Rückübernahmeabkommen an die Hölle gestellt wurde, schritten die anwesenden Beamten nicht ein. „Da er selbst offenbar dazu nicht in der Lage ist, sich in die Situation anderer Menschen hineinzuversetzen, versuchen wir, ihm mit diesem Plakat dabei ein wenig zu helfen. Er soll spüren, wie es ist, andere Menschen unter einen derartigen psychischen Druck zu setzen, wie ihn die tatsächlichen Schreiben der Ausländerbehörde bei Kriegsflüchtlingen und AsylbewerberInnen verursachen", meinte dazu ein Aktivist.

Vielen wird dieser Nachmittag auf dem Hermannplatz in Erinnerung bleiben. Es war eine aufgelockerte Veranstaltung mit satirischen und karikierenden Elementen und doch wurde nicht vergessen, auf die tatsächliche Situation der in Berlin lebenden und von der Abschiebung bedrohten AsylbewerberInnen und Kriegsflüchtlinge nachdrücklich hinzuweisen. Als zum Ende der Veranstaltung ein kleines afrikanisches Mädchen einen der anwesenden Polizisten fragte: „Bist das du?" und dabei auf einen kleinen IQ007-Polizeizwerg zeigte, schluckte dieser, reflektierte kurz und lächelte dann verlegen. So hatte dieser Aktionsnachmittag auch für die Exekutive ein paar Momente der Selbstfindung.

Herwig Matzka

TKDV: Kritik aus der Szene

Wie viele Totalverweigerer (TKDVer) gibt es in Deutschland? Dies ist eine Gretchenfrage, die immer wieder gestellt wird. Genau läßt sie sich nicht beantworten. Die Dunkelziffer der Fahnenflüchtigen, die sich bei keiner Organisation melden oder beraten lassen, ist hoch, ebenso die Zahl der Dienstflüchtigen, die den Zivildienst abbrechen oder gar nicht antreten. Etwa 50 Totalverweigerer gehen jährlich an die Öffentlichkeit.

Dabei spielt TKDV in den Printmedien in der Regel nur dann eine Rolle, wenn es einen direkten Bezug zu einem aktuellen Fall gibt. In Großstädten ist es die eher linke Presse, die über Prozesse und Aktionen berichtet, die bürgerliche Presse berücksichtigt nur spektakuläre Fälle. In den ländlichen Regionen entstehen teilweise heftige und leidenschaftliche Leserbriefdebatten, wenn über TKDVer berichtet wird. Der TKDV wird häufig etwas Märtyrerhaftes angedichtet: Einige TV-Stationen wollen erst über einen hungerstreikenden TKDVer berichten, wenn Zwangsernährung durch Bundeswehrärzte vorgenommen wird.

Die zunehmende Polarisierung der Debatte um die Wehrpflicht in der Gesellschaft schlägt sich anscheinend auch in den Gerichtsurteilen gegen Totalverweigerer nieder. 1996 gab es Verwarnungen und erstmals eine Verfahrenseinstellung auf Landgerichtsebene (Lothar Lehmann, LG Potsdam). Leider gab es auch Knaststrafen ohne Bewährung (Axel Weiss, LG Paderborn), eine davon in Berlin (Caspar Bothmer, LG Berlin). Beide wurden zu 6 Monaten Haft verurteilt. Die *Totalverweigerer-Initiative Braunschweig* stellt in ihrer jährlich erscheinenden Urteilsstatistik fest, daß sich Urteile in Höhe von 90 bis 180 Tagessätzen Geldstrafe (bzw. 3 bis 6 Monate Freiheitsentzug), meist zur Bewährung ausgesetzt, häufen. Die TKDV-AG der Berliner *Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär* bestätigt dies. Insbesondere Fahnenflüchtige müssen jedoch mit höheren Strafen rechnen, als dies in den letzten Jahren der Fall war.

Kritik

Zu beklagen ist die teils schlechte Vorbereitung der Totalverweigerer. Dies hat vermutlich vielfältige Ursachen. In den Beratungsgruppen vereinigen wenige immer mehr Funktionen auf sich und versuchen, einen ständig wachsenden Arbeitsanfall zu bewältigen. Dabei kommt Betreuungsarbeit für den Einzelnen mitunter zu kurz. Erschwerend kommt hinzu, daß in der sich entwickelnden Informationsgesellschaft Nachrichten extrem schnell veralten. Im Rahmen ehrenamtlicher Arbeit ist es dabei nur schwer zu schaffen, die Presse schnell mit Informationen zu versorgen. Die rat- und hilfesuchenden Totalverweigerer selbst könnten hier produktiver tätig werden.

Erstaunlich ist, wie wenig ernst TKDVer oft die drohenden Verfahren nehmen. Gründe dafür liegen häufig in Unkenntnis über Verfahrensabläufe, mangelnder Auseinandersetzung mit der Thematik und schlechter Vorbereitung auf die Verhandlungen. Kaum ein Totalverweigerer ist in der Lage, seine Argumente stimmig und überzeugend vor Gericht zu vertreten. Daß ein Gerichtsverfahren eine Ausnahmesituation darstellt, in der es viele schwer haben, Standfestigkeit zu zeigen, ist klar. Um so mehr sollte Wert auf die Vorbereitung gelegt werden. Wer inhaltlich und verfahrenstechnisch gut vorbereitet ist, wird es gerade in schwierigen Situationen einfacher haben.

Auch die Vernetzung der unterschiedlichen Totalverweigerer-Organisationen untereinander läßt zu wünschen übrig. Trotz allem ist es den Totalverweigerern gelungen, ein breites bundesweites Netz von Hilfs- und Unterstützungsorganisationen aufzubauen. Jedes Jahr findet an wechselnden Orten das *Bundestreffen der Totalen Kriegsdienstverweigerer* statt. Es dient dem Erfahrungsaustausch und der gemeinsamen Richtungsfindung. Zu den verschiedenen Bereichen werden Arbeitsgruppen gebildet. Ein regelmäßig erscheinendes Organ dabei ist die Zeitschrift zu Totalen Kriegsdienstverweigerung *Ohne uns*. In dem sechsmal jährlich in Berlin erscheinenden Blatt finden sich Prozeßberichte, Hintergrundinformationen, inhaltliche politische Auseinandersetzungen zum Thema TKDV und Kontaktadressen. Die *Totalverweigerer-Initiative Braunschweig* bringt jährlich ihren „Reader zur TKDV" neu überarbeitet heraus. Er bietet einen inhaltlich tiefen, aber knappen Einstieg in das Thema. Überdies gibt es eine Reihe von Beratungsorganisationen und Rechtshilfefonds (siehe Service-Seiten).

Frank John
Kai Osterhage

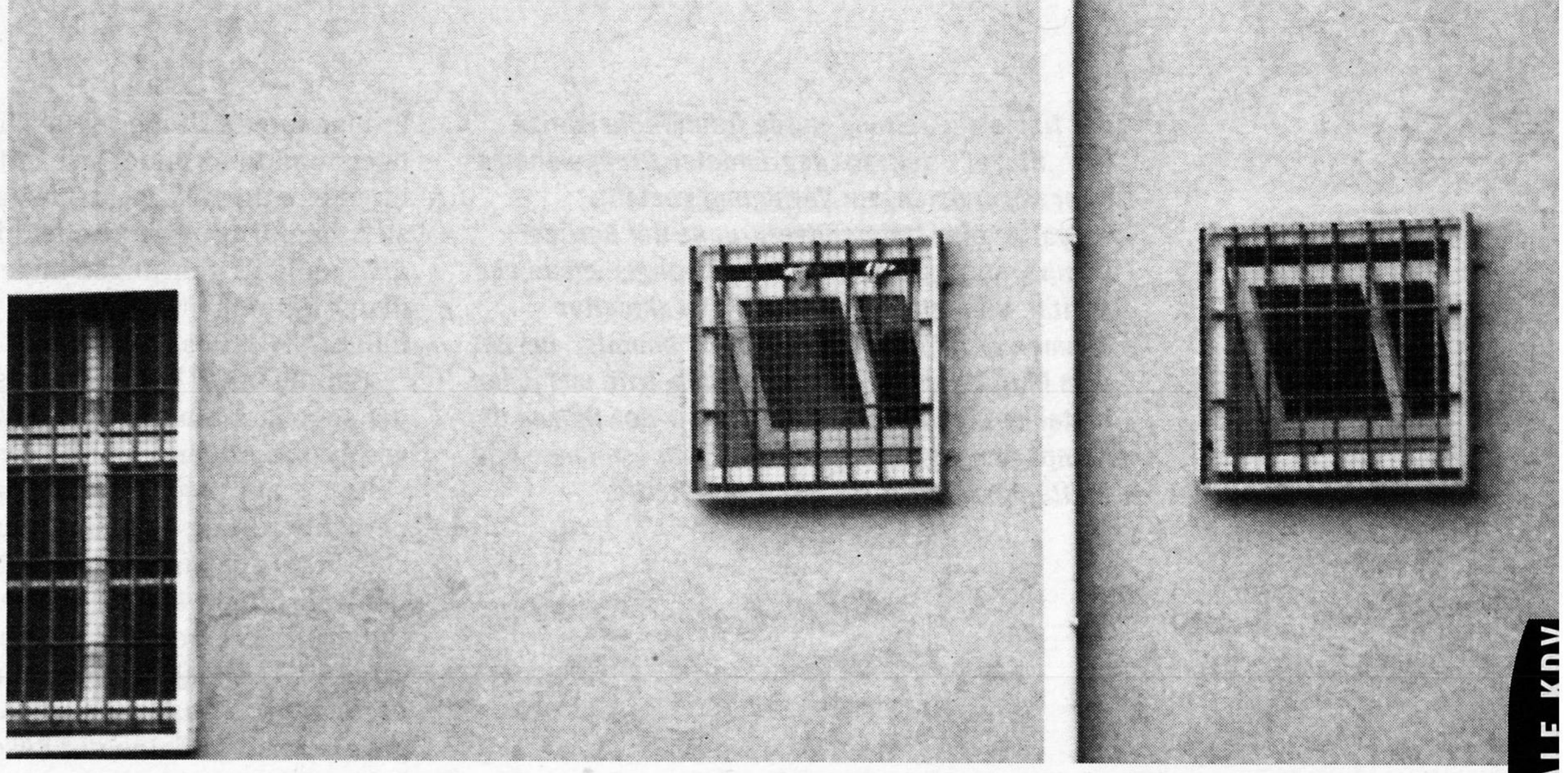


Foto: Detlev Beutner

Verfahren gegen Axel Krauße

Anfang letzten Jahres sollte der 24jährige Axel Krauße in der Hallenser Dr.-Dorothea-Erxleben-Kaserne seinen Wehrdienst antreten. Zwei Wochen später erschien er dort und verweigerte sämtliche Befehle. Die Bundeswehr arretierte ihn daraufhin vorerst für insgesamt 34 Tage. Nach Ablauf der 34 Tage Arrest stimmte der Militärrichter keiner weiteren Arrestierung mehr zu, da die Möglichkeiten des sogenannten „Disziplinarrechts“ erschöpft seien. Der Bundeswehr in Halle war dies nicht genug, sie warteten die Beurlaubung des Richters im Juli ab und ließen Krauße durch Feldjäger festnehmen und nach Halle bringen. Es wurden erneut 21 Tage Arrest beantragt, die unter Zustimmung eines anderen Militärrichters verhängt wurden. Mangels Militärvollzug in der Hallenser Kaserne brachte man den Antimilitaristen nach Dessau in die Hugo-Junkers-Kaserne. Dort befand er sich für acht Tage im Hungerstreik, bis er am 1. August 1996 nach Leipzig in das dortige Bundeswehrkrankenhaus verlegt wurde und von dort aus fliehen konnte. Am 7. Mai 1997 hat die Bundeswehr Krauße offiziell entlassen.

Der totale Kriegsdienstverweigerer Axel Krauße wurde am 11. Juni 1997 unter Vorsitz von Richter Stefan Pikarski in der Berufungsverhandlung am Landgericht Halle zu einer sechsmonatigen Freiheitsstrafe verurteilt, die zu zwei Jahren auf Bewährung ausgesetzt wurde. Damit ist das Urteil des Amtsgerichts Halle/Saalekreis vom Dezember vorigen Jahres aufgehoben worden. Damals sprach Richter Dancker – der am Mittwoch auch als Zuschauer anwesend war – gegen den Magdeburger lediglich eine Verwarnung unter Strafvorbehalt aus. Als eine Überbewertung des Angeklagten bezeichnete die Staatsanwaltschaft Halle/Saalkreis nun die Entscheidung der ersten Instanz und ging in die Berufung. Statt zehn Monate ohne Bewährung, forderte die Staatsanwaltschaft diesmal eine siebenmonatige Freiheitsstrafe auf Bewährung. Staatsanwalt Andreas Schieweck sah beim Angeklagten zwar einen Gewissenskonflikt. Aber „das Selbstbestimmungsrecht und die physische Existenz einer Nation kann auf dem Spiel stehen, wenn jeder so handeln würde“. Außerdem beklagte er, daß die Urteilsbegründung von Richter Dancker nur zu einer geringen Schuldschwere des Angeklagten kommt. „Ich werde jede Form von Kriegsdienst verweigern, auch den Zivildienst, der nur ein waffenloser Kriegsdienst ist“ betonte Axel Krauße mehrfach während der Verhandlung. Seine Verteidigerin, Barbara Kramer aus Braunschweig, erläuterte die rechtlichen Hintergründe des Zivildienstes. Nach § 79 des Zivildienstgesetzes können sogenannte „Kriegsdienstverweigerer“ zum Kriegseinsatz herangezogen werden. Dort könnten sie z.B. zur Unterstützung des Militärs im Bereich des Nachschubs und der Verpflegung Dienst leisten. Die Verteidigerin beantragte, die Berufung der Staatsanwaltschaft zu verwerfen. „Aus Achtung vor dem geschriebenen Gesetz und den rechtstreuen Bürgern“ begründete Richter Pikarski sein Urteil und kam damit der Staatsanwaltschaft entgegen. Zuschauer bezeichneten diese Verhandlung als „widerlich“.

Lothar Wesolowski,
TKDV-Initiative Sachsen-Anhalt

Der Name der Zeitung wurde freundlicherweise von „Illoyal“, der 1991 gegründeten Gruppe ehemaliger Reservisten, zur Verfügung gestellt. Illoyal ist eine Unterstützergruppe der Berliner Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär. Wer Interesse hat, sich zu aktuellen Themen zu informieren bzw. Hilfe benötigt, um mit dem Militärapparat klarzukommen, trifft uns jeden ersten Freitag im Monat ab 19:30 in den Rämen der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Oranienstraße 25, 10999 Berlin.

Illoyal stellt sich in illoyal vor

Foto: Dirk Frömberg

Es mag ungewöhnlich sein: Eine Gruppe ehemaliger Soldaten wendet sich entschlossen von ihren einstigen Vorgesetzten ab. Mit *Illoyal* hat sich eine Gruppe gegründet, die ihre jeweils individuellen Erfahrungen in der Bundeswehr und in der Nationalen Volksarmee (NVA) in ein militärkritisches Engagement einbringt.

Gerade unter Reservisten ist das Phänomen der sogenannten Kalte-Füße-Verweigerung weit verbreitet. Augenscheinlich wird den meisten erst in Spannungs- und Kriegsphasen oder bei der Einberufung zu einer Wehrübung ihr eigentlicher Status bewußt: Loyal stehen sie im Rahmen der Wehrpflicht bis zur Vollendung ihres 45., Unteroffiziere und Offiziere bis zur Vollendung ihres 60. Lebensjahres der Bundeswehr zu Verfügung; nach Ausrufung des Verteidigungsfalles generell alle Soldaten der Reserve bis zum 60. Lebensjahr.

Reservisten sind Soldaten im Wartestand. Nahezu jederzeit einberufbar und der die Grundrechte einschränkenden Wehrüberwachung unterliegend, bilden sie einen Soldatenpool, auf den die Bundeswehr beliebig zurückgreifen kann und zurückgreift. Einberufungen zu Wehrübungen nach mehr als 20 Jahren bundeswehrfreier Periode kommen immer wieder vor.

Der Kriegsdienst mit der Waffe kann rechtlich nur aus Gewissensgründen verweigert werden, egal ob dies politisch, moralisch, ethisch, religiös oder aus einer Summe unterschiedlicher Motive heraus begründet wird. Gerade gegenwärtig ist es wichtig, deutlich zu machen, daß jede Beteiligung an weltweiten Einsätzen der Bundeswehr auf unsere Ablehnung stößt. Jeder Antrag auf Kriegsdienstverweigerung ist auch ein politisches Zeichen, um der Interventionsarmee Bundeswehr nicht länger zu dienen. Wartet nicht erst einen Einberufungsbescheid zu einer Wehrübung ab, oder gar eine Einberufung zu Kampfeinsätzen der Bundeswehr weltweit, um „das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“.

Die Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe (KDV) war für uns nur ein Schritt, die jeweils eigene militärische Vergangenheit abzuschließen. Die Gründe hierfür waren individuell unterschiedlich, zusammen aber eint uns unsere Grundposition: Nicht mehr mit uns!

Neben der KDV-Beratung für Ex-Soldaten und aktive Soldaten, widmen wir uns schwerpunktmäßig friedenspolitischen Fragen und Aktionen und beteiligen uns an Öffentlichkeitsarbeit, dies alles in einer offenen, undogmatischen, überparteilichen Atmosphäre.

Wir laden alle ein, bei uns mitzuarbeiten.

Illoyale Aktion auf der Luft- und Raumfahrtausstellung (ILA) am 18. Mai 1996 in Berlin

7 Jahre Mit Uns gegen die Wehrpflicht – Der Vorstand immer am Ball

Foto: Michael Behrendt

Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.

Schon wieder 'ne Mitglieder-versammlung?

...hatten sich am 5. Juni wohl die meisten der über 400 geladenen Vereinsmitglieder gedacht und dann doch lieber das Aufstiegsspiel von Energie Cottbus konsumiert – is' ja ooch wichtich für die Region ...

Immerhin – bis 19.45 hatten sich sieben tapfere Nicht(nur)fußballfans in der Rosa-Luxemburg-Straße eingefunden, um das jährliche Pflichtspiel abzuliefern. Dabei waren die Themen des Tages alles andere als langweilig, hatten sich doch in der zurückliegenden Zeit einschneidende Dinge ereignet.

So hat der Verein die Mitherausgabe der Zeitschrift *tilt* aus inhaltlichen und finanziellen Gründen beendet und sich die Herausgabe einer antimilitaristischen Zeitschrift in eigener Verantwortung vorgenommen (was dem Redaktionsteam mit der vorliegenden Nullnummer hoffentlich gut gelungen ist). Die Gründe hierfür wurden den Mitgliedern in einem Rundschreiben bereits ausführlich dargelegt. Die Anwesenden nahmen die Beendigung der Zusammenarbeit mit der *tilt*-Redaktion zustimmend zur Kenntnis. Da (nicht zufällig) auch ein Teil des neuen Redaktionsteams anwesend war, konnten wir den Stand der Dinge sowie weitere Ideen und Namensvorschläge für unsere Zeitschrift diskutieren.

An der MV der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer am 8. März hatte Udo Kroth als Delegierter teilgenommen. Sie stand ganz im Zeichen der 40jährigen Bestehens der Zentralstelle, mit einem interessanten Vortrag von Dr. Karl-Ludwig Sommer zu 40 Jahren KDV in Deutschland sowie der Entwicklung der Zentralstelle selbst (liegt uns schriftlich vor, bei Interesse bitte nachfragen).

Michael Behrendt berichtete vom Fortgang unseres „Doppelstaaterprojektes" für deutsch-türkische Kriegsdienstverweigerer. Die zuletzt in Bielefeld von ihm und Mustafa Ünalan durchgeführte Informationsveranstaltung war gut besucht und brachte neue Kontakte. Das insgesamt positive Echo auf die Doppelstaaterbroschüre und die Veranstaltungsreihe bestärken uns darin, das Projekt fortzuführen. Insbesondere soll die Zusammenarbeit mit anderen in diesem Bereich aktiven Gruppen gesucht werden. Weiter wurde vorgeschlagen, beim Internationalen Friedenskongreß 1998 in Osnabrück (350 Jahre Westfälischer Friede) das Projekt vorzustellen.

Leiderleider mußten wir auch wieder über Mitgliedsbeiträge reden, und zwar über längst überfällige und trotz eindringlicher Zahlungsermunterungen ausbleibende. Es war schnell Einigkeit darüber hergestellt, daß wir „Abzocker" im Verein nicht dulden wollen. Wirklich finanziell Gebeutelte und zu unrecht Gescholtene mögen uns den Ausdruck verzeihen, sollten sich aber wenigstens mal melden, wenn sie weiter am Verein interessiert sind, denn der Ausschluß betrifft alle Mitglieder, die länger als ein Jahr im Rückstand sind und sich nicht rühren.

Um mit gutem Vereinsdeutsch zum Schluß zu kommen: Nach dem obligatorischen Finanzbericht wurden Kassenwart und Vorstand von den Anwesenden für ihre Taten entlastet. Neuwahlen gibt's dann bei der nächsten MV im Frühjahr 1998, wo wir doch wieder die altbewährte TeilnehmerInnenzahl von 13 erreichen oder vielleicht auch mal übertreffen sollten!

Udo Kroth

Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.
Für ein Leben ohne Zwangsdienste

Stillgestanden? Rührt Euch!

Weitere Informationen gibt's bei:
Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.
Oranienstraße 25
10999 Berlin
Tel. 030/615 11 23
Fax 030/61 50 05 29

„Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V." wurde am 21. 7. 1990 von Kriegsdienstverweigerern, Wehrflüchtlingen und anderen friedensengagierten Menschen in Berlin gegründet. Unser Ziel ist die ersatzlose Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und der damit verbundenen Zwangsdienste. Darüberhinaus setzen wir uns für die Abrüstung, Reduzierung und letztendlich Auflösung der Armeen ein.

Derzeitige Schwerpunkte unserer Arbeit sind:

- Information und Hilfestellung für Kriegsdienstverweigerer
- Hilfe für in Bedrängnis geratene Wehrpflichtige bei der Auseinandersetzung mit der Bundeswehr und den Wehrbehörden
- Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Friedenspolitik, Entmilitarisierung, Dienstpflicht(en), KDV
- internationale Durchsetzung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung durch Unterstützung befreundeter Gruppen im Ausland, z.B. in der Türkei und in Rußland
- Herausgabe der Zeitschrift *illoyal – Journal für Antimilitarismus*

Wir sind ins Vereinsregister eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Du kannst unsere Arbeit durch Mitgliedschaft oder Förderung unterstützen – und am besten selbst mitarbeiten!

Als Mitglied erhältst Du

- Kompetente Beratung in allen Fragen der Wehrpflicht und Verweigerung
- Aktuelle Informationen zur Praxis der Militärbehörden bei Musterung, Einberufung usw.
- Spezialberatung zur KDV für Soldaten, Reservisten und Doppelstaater
- vier mal jährlich die Zeitschrift *illoyal* frei Haus

Außerdem vermitteln wir bei Bedarf Beistände für die KDV-Anhörung und spezialisierte Rechtsanwälte.

Wenn Du Mitglied oder Förderer werden möchtest, fülle bitte den untenstehenden Coupon aus und sende ihn an uns zurück.

Ich möchte „Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V." unterstützen und werde deshalb

☐ ***Mitglied*** Mein Jahresbeitrag beträgt DM .....
Mindestbeitrag jährlich incl. illoyal-Abo: 60,–

☐ ***Förderer*** Ich/wir möchte/n den Verein monatlich mit DM ..... unterstützen.

☐ Ich möchte den Verein einmalig mit DM ..... unterstützen.

☐ Bitte sendet mir weitere Informationen über »Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.«

Den Beitrag zahle ich

☐ jährlich
☐ halbjährlich

☐ ***per Überweisung***
(am besten per Dauerauftrag)
Bankverbindung: Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.,
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10,
Konto-Nr. 741 834 109

☐ ***Einzugsermächtigung***
(bitte den nebenstehenden Abschnitt auch ausfüllen).
Diese kann ich jederzeit widerrufen.

Name

Straße, Haus-Nr

PLZ, Ort

Telefon (Angabe freiwillig)

Datum und Unterschrift

Ermächtigung zum Einzug von Forderungen durch Lastschrift

Hiermit ermächtige/n ich/wir den Verein „Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V." widerruflich, die von mir/uns zu entrichtenden Mitgliedsbeiträge bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres Kontos

Konto-Inhaber

Bank

Konto-Nr, Bankleitzahl

durch Lastschrift einzuziehen. Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstitutes keine Verpflichtung zur Einlösung. Teileinlösungen werden im Lastschriftverfahren nicht vorgenommen.

Ort, Datum, Unterschrift/en d. Kontoinhaber/s.

Kampagne Berlin

Mustafa Ünalan als politisch Verfolgter anerkannt

Kriegsdienstverweigerung in der Türkei weiterhin unmöglich

Foto: Thomas Spör

Mustafa Ünalan erhielt als erster türkischer Kriegsdienstverweigerer Asyl in der BRD

Der langjährige Mitarbeiter der *Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär,* Mustafa Ünalan, wurde im Herbst 1996 zum türkischen Militär einberufen. Dieser Einberufung folgte er nicht und erklärte öffentlich gegenüber den türkischen Behörden seine Kriegdienstverweigerung. Die türkischen Behörden haben darauf reagiert, indem sie seinen Reisepaß nicht verlängerten. Um seiner Verweigerung Nachdruck zu verleihen, verbrannte Mustafa Ünalan im Januar 1997 auf einer Pressekonferenz seine Einberufungspapiere. Als im April 1997 die an seinem Reisepaß gekoppelte Aufenthaltsbewilligung ablief und er mit einem ungültigen Reisepaß keine Aufenthaltsbewilligung mehr bekam, beantragte er Asyl.

Mustafa Ünalan hat jetzt Asyl in der BRD erhalten! Damit ist erstmals in der Bundesrepublik Deutschland einem türkischen Staatsbürger allein aufgrund seiner Kriegsdienstverweigerung Asyl gewährt worden.

In der Türkei gibt es nach wie vor kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Kriegsdienstverweigerer werden aufgrund ihrer Gewissensentscheidung verfolgt. Ihnen drohen über 20 Jahre Haft und Menschenrechtsverletzungen aller Art innerhalb der türkischen Armee. Die Entscheidung des „Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge" ist ein Novum. Bisher wurden alle Kriegsdienstverweigerer und Deserteure, die nach Deutschland geflüchtet sind, nicht als politisch Verfolgte anerkannt und mußten daher mit der Abschiebung in den Verfolgerstaat rechnen.

Nach bisheriger Praxis erhielten Personen, die wegen drohender Strafen aufgrund von Kriegsdienstverweigerung und Desertion aus dem Herkunftsland geflohen sind, kein Asyl in Deutschland. Deutsche Gerichte gehen nämlich davon aus, daß jeder Staat das Recht hat, seine Bürger zur Ableistung der Wehrpflicht zu zwingen, sie mithin auch bei Wehrpflichtentziehung zu bestrafen. „Die sowohl innerstaatlich als auch völkerrechtlich ausdrücklich anerkannte allgemeine Wehrpflicht ist ein legitimer Ausfluß der jedem Staat kraft seiner Souveränität zustehenden Wehrhoheit. Dies gilt nicht nur für die Länder, die sich durch eine freiheitlich-demokratische Ordnung auszeichnen, sondern beansprucht Geltung auch für weltanschaulich totalitäre Staaten." *(VGH Baden-Württemberg vom 6. 2. 1985, A 13 S 223/84)*

Ob die Anerkennung von Mustafa Ünalans Asylantrag bedeutet, daß die Praxis der Behörden sich künftig ändern wird, bleibt vorerst offen. Weitere Informationen sind über die *Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangdienste und Militär,* Telefon 030/615005 30, erhältlich.

Noch eine gute Nachricht: Osman Murat Ülke ist frei!

Bei der letzten Verhandlung wegen Desertion und Dienstflucht, am 29. Mai vor dem Militärgericht in Eskisehir, wurde Osman freigelassen. Osmans AnwältInnen hatten einen entsprechenden Antrag gestellt, dem stattgegeben wurde. Er wurde daraufhin zum Rekrutierungsbüro in Eskisehir gebracht, wo er einen Marschbefehl zu seiner Feldjägereinheit in Bilecik bekam. Wie bereits im Dezember folgte er diesem Befehl nicht und kehrte statt dessen nach Izmir zu seiner politischen Arbeit zurück. Osman erklärte nach seiner Freilassung, daß ihm die Unterstützung z.B. durch Briefe und Postkarten im Militärgefängnis sehr wichtig war. Ihm wurde von seiten des Leiters des Militärgefängnisses zugesagt, daß dieser die Post für ihn aufheben wird. Osmans nächster Verhandlungstag ist am 3. Juli (nach Redaktionsschluß). ***Adresse für Solipost: Izmirli Savas Karsitlari: KriegsdienstgegnerInnen Izmir, 1819/3 Sokak No.12/2, Türkei – Bostanli/ IZMIR. Tel. +90-232/336 20 92, Fax 369 02 52.***

Kampagne Cottbus

Die Polizei konnte die offizielle Einweihung unseres Büros nicht abwarten und bedachte uns schon vorher mit einer

Hausdurchsuchung auf Verdacht

Am 22. April 1997 wurde die Wohnung Lothar Lehmanns, eines Totalverweigerers und Mitarbeiters der Kampagne Cottbus, von der Polizei durchsucht. Um 9 Uhr morgens standen 20 Beamte (!) des Polizeipräsidiums Cottbus vor seiner verschlossenen Wohnungstür. Neben den fünf Kriminal- und fünf Zivilpolizisten waren auch zehn Bereitschaftspolizisten anwesend. Sie dienten „dem Selbstschutz", da „es hier schon mal bei einem früheren Einsatz verbale Angriffe gegeben habe". Der Schlüsseldienst verschaffte der Polizei Zutritt zu Lehmanns Wohnraum. Zwei Nachbarn hatten sich nach vorheriger Belehrung durch die Polizei bereit erklärt, in Abwesenheit Lehmanns diese unverhältnismäßige Aktion zu beobachten. Bis 12:45 Uhr durchsuchten die Beamten genüßlich die Wohnung, inklusive der sich im gleichen Haus befindenden Räume des Jugendtreffs Lacoma e.V. sowie Nebenräume und Keller. Lehmanns „Geschäftsraum" in der Kampagne Cottbus entging der Hausdurchsuchung nur, weil der Raum im „Haus der Demokratie" nicht aufgefunden werden konnte.

Grund für diese massive Staatsaktion war eine Anzeige „wegen des Verdachts der Beleidigung u.a." und dem Beschluß des Amtsgerichts Cottbus zur „Durchsuchung der Wohn- und Geschäftsräume des Beschuldigten" Lothar Lehmann. In das Fadenkreuz der Polizei ist Lothar Lehmann deshalb geraten, weil er als Anmeldeperson für verschiedene Gegenaktionen (Infostand, Straßentheater und Demonstrationen) zur Bundeswehrausstellung „Unser Heer" vom 11. 9. bis 15. 9. 96 in Cottbus auftrat. Während der Ausstellung wurden die Werbetafeln und Wegweiser zur Ausstellung entwendet, beschädigt oder mit kritischen Aufklebern überklebt. Dies nahmen der Ausstellungsleiter und das Heeresamt in Köln, in Vertretung sich eventuell beleidigt fühlender Soldaten, zum Anlaß, Anzeige gegen Lothar Lehmann und Unbekannt zu erstatten.

Sammelwut der Ordnungshüter

Als Lothar Lehmann abends nach Hause kam, stellte er fest, daß wahllos Gegenstände mitgenommen worden waren. Unter den sichergestellten Gegenständen befanden sich viele persönliche Unterlagen und Notizen, inklusive Daten von Dritten (Adressen) und Briefverkehr mit Behörden. Selbst öffentliche Zeitungen und Zeitschriften sowie Informations- und Flugblätter waren Objekt der wissensdurstigen Begierde. Einzige Aufklärung der Situation bot eine zurückgelassene Vorladung ins Polizeipräsidium zur Vernehmung als Beschuldigter für den gleichen Tag bis 16:00 Uhr. Erst am nächsten Tag erfuhr er durch Einblick in die Strafanzeige den Grund der Durchsuchung: Die Anzeige wegen Beleidigung, Sachbeschädigung und Diebstahl gegen Unbekannt und eine Person gleichen Namens, aber mit anderer Adresse.

Die nächsten zwei Tage verbrachte Lehmann drei bzw. vier Stunden auf der Polizeiwache. In dieser Zeit hat er zusammen mit einem Beamten Seite für Seite alle „sichergestellten Gegenstände" durchgesehen. Am Ende der Sichtung erhielt er etwa die Hälfte der in drei vollen Kisten mitgenommen Gegenstände zurück, da diese absolut nichts mit dem Durchsuchungsbeschluß zu tun hatten. Die Beamten hatten die 138 beschlagnahmten „Positionen" noch am Tag der Durchsuchung umgetütet und neu beschriftet, da die Durchsuchung schnell über die Bühne gehen sollte. Dabei wurden einfach Mappen und Blätter stapelweise mitgenommen, ohne Details auf dem Sicherstellungsprotokoll zu vermerken. Am 24. April 1997 konnte Lehmann alle Umschläge versiegeln, deren Inhalt ihm nicht zurückgegeben wurde, da dies während der Durchsuchung versäumt wurde. Eine Farce, haben doch die Gegenstände so zwei Tage in offenen Kisten im Polizeipräsidium gestanden. Diese mit großem Aufwand durchgeführte Polizeiaktion verletzte die Persönlichkeitsrechte von Dritten und die Datenschutz-Richtlinien.

Soziale Kontrolle

Dieser staatliche Übergriff diente einerseits dazu, Menschen in antimilitaristischer Arbeit einzuschüchtern und andererseits durch den Einblick in die persönlichen Unterlagen sich auch über die Vorlieben, Interessen und das Lebensumfeld von Lothar Lehmann ein möglichst genaues Bild zu machen. Wie auch aus dem Durchsuchungs-

beschluß des Amtsgerichtes Cottbus ersichtlich ist, geht es hier nicht um eine Beleidigung, sondern um eine politische Verfolgung von Andersdenkenden und -handelnden. Eine grundsätzliche Kritik an der Bundeswehr und ihrer Art des Auftretens soll eingeschüchtert und kriminalisiert werden. Anders ist die Suche nach „Unterlagen betreffend seiner (Lehmanns) Tätigkeit innerhalb der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär" (Zitat Amtsgericht Cottbus) nicht zu interpretieren.

Es bleibt unverständlich, wie das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung ohne einen konkreten Tatverdacht mißachtet und verletzt werden kann. Eigentlich ein massiver Verstoß gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Am 30. April 1997 hat Lehmanns Anwalt beim Amtsgericht Cottbus Widerspruch gegen die Rechtmäßigkeit der Durchsuchung vom 22. April eingelegt, aber bis Redaktionsschluß weder Antwort noch die beantragte Akteneinsicht erhalten.

Lothar Lehmann

Kampagne Cottbus jetzt mit eigenem Büro

Die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär in Cottbus gibt es bereits seit 1995. Sie ist Bestandteil eines bundesweiten Netzwerks von regionalen und eigenständigen Gruppen, ein unabhängiger und überparteilicher Zusammenschluß von Personen und Organisationen. Das Spektrum unseres Engagements umfaßt antimilitaristische Öffentlichkeitsarbeit, das Vorbereiten von gewaltfreien antimilitaristische Aktionen, die Organisation von Seminaren sowie Informations- und Diskussionsveranstaltungen, bzw. unsere Teilnahme an diesen. Gegenwärtig sammeln wir Informationen über die „Tradition" der Gustav-von-Alvensleben Kaserne, benannt nach dem preußischen General (gestorben 1865), in Cottbus. Seit April 1997 unterhält die Kampagne ein eigenes Büro für Cottbus und Umgebung als feste Anlaufstelle für betroffene und interessierte Menschen. Jetzt wie auch in Zukunft wird die Beratung und Betreuung von Wehrpflichtigen den Hauptteil unserer Arbeit ausmachen. Diese wichtige Arbeit wollen wir noch intensiver als bisher durchführen und brauchen deshalb noch Hilfe und Unterstützung. Wir freuen uns über alle, die sich phantasie- und friedvoll für die Ziele und Anliegen der Kampagne engagieren wollen. Die Mitarbeit in der Kampagne Cottbus ist ehrenamtlich. Menschen oder Organisationen, welche bei uns nicht aktiv mitarbeiten, können uns in anderer Form unterstützen, sei es durch Spenden oder durch Mitgliedschaft in der Kampagne. Gegenwärtig versucht die Kampagne die Finanzierung (auch der neuen Büroeinrichtung) ausschließlich über Spenden und Materialverkauf zu bestreiten, wobei aber in bezug auf die Büroeinrichtung auch unsere privaten Börsen etwas dazugeben. Wenn ihr Fragen habt oder mal mit uns darüber diskutieren wollt, dann schreibt uns, ruft einfach an oder sendet ein Fax (Adresse in der hinteren Umschlagseite).

Ich abonniere illoyal!

ab dem Heft Nr.: _____

DM 20,–
habe ich auf das Konto Nr. 74 183 409
bei der Postbank NL Berlin, BLZ 100 100 10,
Stichwort „Journal", überwiesen.

Das Abo
gilt für 4 Ausgaben und verlängert sich
ohne Kündigung automatisch.

_____
Name

_____
Straße, Haus-Nr

_____
PLZ, Ort

_____
Telefon (Angabe freiwillig)

_____
Datum und Unterschrift

Für Mitglieder im Verein „Mit uns gegen die Wehrpflicht" ist der Bezug von *illoyal* im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Alle anderen, die *illoyal* abonnieren wollen, schneiden den Coupon bitte aus und senden ihn ausgefüllt an

Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.
Redaktion illoyal
Oranienstraße 25, 10999 Berlin

Kampagne Potsdam

Durch die Sprengung der Ruine der Garnisonkirche im Jahr 1968 sollte dem „Geist von Potsdam“ der Garaus gemacht werden. Der Sprengstoff reichte aber nicht aus. Spätestens nach der Willenserklärung des Potsdamer Stadtparlaments von 1991 verstärkten sich auch die Aktivitäten der letzten Retter der historischen Innenstadt bzw. preußischer Tugenden. Die Sprengung von 1968 sei „ein Akt kultureller Barbarei“, ein möglicher Wiederaufbau werde begrüßt.

Die Potsdamer Garnisonkirche

Aktuelle Wiederaufbaugelüste

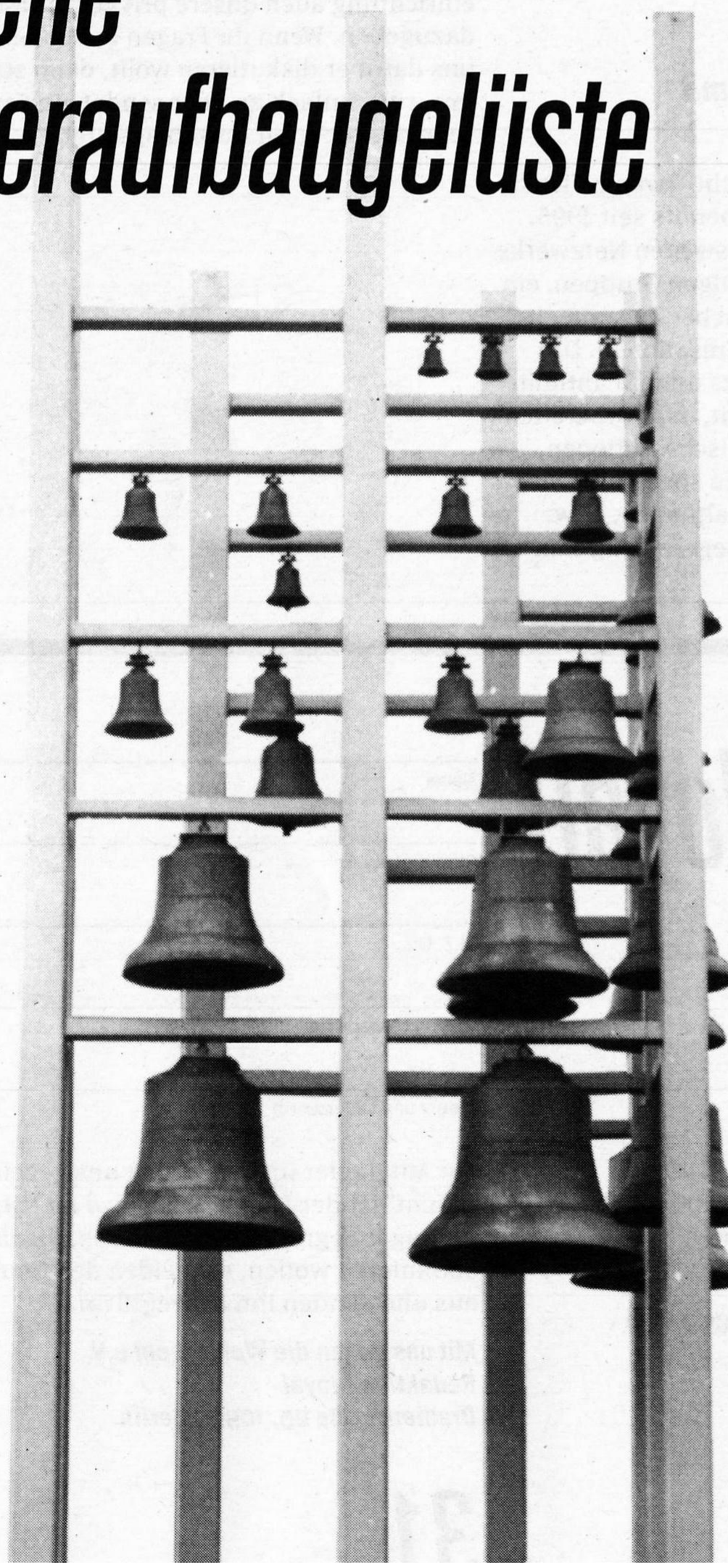


Foto: Dirk Frömberg

Worin besteht der Zusammenhang zwischen dem vom Militär geprägten Preußen und dieser Kirche? Der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. (Regierungszeit 1713 bis 1740) gab 1732 den Auftrag, die Kirche zu bauen. Das geschah in einer Zeit der gesellschaftlichen Umgestaltung – die Verbindung von Religion und Militär konnte entstehen durch die Herausbildung des Staatskirchentums, d.h. die Unterordnung der Kirche unter die Landesherren. Die militärische Entwicklung in Preußen charakterisierte die Regierungszeit Friedrich Wilhelm I. Religion war ein Mittel der Erziehung geworden. Die Soldaten gehörten verschiedenen Nationalitäten und Glaubensrichtungen an, die Kirche sollte die Funktion des gemeinsamen Nenners haben, um Ordnung und Zusammenhalt herzustellen. Die Garnisonkirche war speziell bestimmt für die Abhaltung von Gottesdiensten für die Anwohner der Potsdamer Innenstadt und die Roten Grenadiere („Lange Kerls“), das Leibbataillon Friedrich Wilhelms I. Dieser zusammengewürfelte Haufen von Leibeigenen und Tagelöhnern aus vielen Ländern machte aus den Gottesdiensten ein immer wiederkehrendes groteskes Ereignis – angetreten zum Gebet verstanden die meisten wegen ihrer Herkunft kein Wort.

Die Architektur wurde durch die Identifikation mit den Niederlanden bestimmt. Die heute von Befürwortern des Wiederaufbaus ins Feld geführte Einzigartigkeit der Bauweise läßt sich mit bestehenden ähnlichen Bauten in den Niederlanden widerlegen. Die äußerliche Schlichtheit ist mit der damaligen Finanzpolitik zu erklären. Dem Erhalt des Heeres wurde größte Bedeutung zugemessen. Ganz anders wirkte das Innere der Kirche. Es war der Aufbewahrungsort für die Kriegstrophäen, Standarten und Regimentsfahnen; hier wurden die Feldzüge abgesegnet und die Gefallenen als Helden des Vaterlandes geehrt. Aus diesem Zusammenhang wird die Verbindung mit der auf das Militär ausgerichteten Politik deutlich. Die Garnisonkirche zu Potsdam wurde mehr und mehr zum Symbol für den preußischen Militarismus.

Der Versuch der deutschen Nationalsozialisten, ihre Bewegung in Zusammenhang zur preußischen Traditionslinie zu stellen, ging als der „Tag von Potsdam“ in die Geschichte ein. Kein Zufall, daß der Reichstag am 21. März 1933 in der Garnisonkirche zusammentreten mußte. Ein Jahr zuvor war das demokratische Preußen zerschlagen worden, jetzt wurde der jahrhundertealte „Geist von Potsdam“ heraufbeschworen. Hitlers Worte waren: „Es gibt kein höheres Symbol, als daß nach dem Verbrechen im Reichstag jetzt die nationale Regierung nach Potsdam geht, um

an der Bahre des großen, unsterblichen Königs in der Garnisonkirche das neue Werk des deutschen Wiederaufbaus zu beginnen."

Aktivisten der Neuzeit

Im Jahr 1984 gründete sich die Iserlohner *Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel e.V.* Seit der Wiedervereinigung arbeitet sie hartnäckig daran, die Voraussetzungen für einen Wiederaufbau zu schaffen. Als erstes ließ sie das Glockenspiel der Garnisonkirche nachbauen und übergab es der Stadt Potsdam am 14.4.1991. Der dafür nötige Kostenaufwand von etwa einer halben Million Mark wurde durch Spender gedeckt, von denen Richard von Weizsäcker einer der prominentesten war. In jede der 40 Glocken wurden Inschriften eingelassen, vorwiegend Namen von ehemaligen Militäreinrichtungen und Soldatenverbänden, aber auch die „verlorenen Ostgebiete" Königsberg, Ostpreußen, Breslau, Schlesien, Stettin, Pommern und Westpreußen waren zu finden. Spenden gehen weiter ein, im Augenblick sind 3 Millionen Mark vorhanden.

Das letzte Hindernis, die Standortfrage, wurde formal schon aus dem Weg geräumt. Auf dem Gelände der ehemaligen Garnisonkirche in der Potsdamer Innenstadt steht seit 1972 ein Rechenzentrum. Die ALLDATA GmbH konnte das Gelände in der Dortustraße 46 nur unter der Bedingung von der Treuhand erwerben, daß bei Wiedererrichtung der Garnisonkirche oder des Turms ein Teil des Grundstücks zur Verfügung gestellt wird. Der damalige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, Dr. Fritz Wittmann, hat sich bei der Treuhand für eine solche Vertragsgestaltung eingesetzt, wie aus einem Briefwechsel zwischen ihm und Birgit Breuel (seinerzeit Präsidentin der Treuhandanstalt) hervorgeht. Ein wirkliches Interesse an dieser Klausel im Vertrag hatte jedoch nicht die Treuhand, sondern die *Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel.* Ihr Geschäftsführer ist Oberstleutnant a.D. Max Klaar, der sich offenbar in dieser Sache an Wittmann wandte. Klaar hat den preußischen Gedanken derart verinnerlicht, daß er in einem Rundschreiben von 1989 ein Deutschland in den Grenzen von 1937 forderte! Die *Traditionsgemeinschaft „Potsdamer Glockenspiel* hat einerseits weitreichende Verbindungen innerhalb des Militärs (da der Vorstand selbst militärisch vorbelastet ist) und zum anderen in höchste Ebenen der Politik. Der Name des Vereins ist gleichzeitig Programm. „Tradition ist nicht die Asche, sondern die Glut, an der wir unsere Fackeln entzünden", heißt es im Briefkopf eines ihrer Schreiben an die Stadtverordneten Potsdams. Die wenigen Aktivitäten der Stadtregierung beschränkten sich darauf, einem Neubau zuzustimmen, falls die Traditionsgemeinschaft 20 Millionen Mark vorweisen kann, das Glockenspiel dankbar entgegenzunehmen und lediglich heimlich die Namen der „verlorenen Ostgebiete" aus den Glocken 18 bis 24 entfernen zu lassen.

Der Potsdamer Verein AGAPHI (Aktionsgemeinschaft für den Aufbau der Potsdamer historischen Innenstadt) möchte ebenfalls die Garnisonkirche wieder aufbauen, allerdings offiziell mit einem anderen Anspruch – Potsdam soll seine verlorene historische Attraktivität wiedererlangen. Dankbar wurde darum die Idee der *Traditionsgemeinschaft* angenommen. Neben dem Spendenaufruf für den Aufbau des Fortunaportals und dem Anbringen diverser Gedenktafeln in der Stadt traten die Mitglieder dieses Vereins in der Vergangenheit besonders als fleißige Leserbriefschreiber in Erscheinung.

Die Gegner

Sehr interessant ist die Frage, welche Meinung die Kirche dazu hat. Der Standpunkt der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg ist eindeutig: Nein zum Wiederaufbau. Die Heilig-Kreuz-Gemeinde als zukünftige Eigentümerin der Garnisonkirche vertritt diese Position mit eindeutigen Argumenten. Für sie ist die Errichtung einer nicht benötigten Kirche extrem unchristlich und unmenschlich, solange Menschen in unserer Stadt und in unserem Land in unwürdiger Weise untergebracht sind und täglich unzählige Kinder in der Welt sterben. In Anbetracht dessen und daß in der Nähe der Innenstadt drei Kirchen zur Verfügung stehen, entbehrt diese Investition für den Gemeinderat und wahrscheinlich auch für die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg jeglicher moralischen Grundlage. Man kann sich für diese eindeutige Position der Kirche nur bedanken, denn, obwohl sehr global gesehen, zeigt sie den größten Mißstand dieser Zeit auf.

Die *Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär Potsdam* hat am 1. Mai 1997 damit begonnen, Unterschriften gegen den Wiederaufbau zu sammeln. Ihr Ziel hierbei ist es, einen Bürgerentscheid herbeizuführen. Leider ist es nötig, 10.000 Unterschriften zu sammeln, da die Stadtverordnetenversammlung dem Antrag der Fraktion *Die Andere* (mit einem Vertreter der Kampagne), nämlich eine Bürgerbefragung durchzuführen, die Zustimmung versagte. Die Meinung der Bürger zum Wiederaufbau wurde inzwischen durch eine Forsa-Umfrage öffentlich. Danach wären 43% dafür und 46% dagegen.

Fazit ist, daß die Garnisonkirche nie die eigentliche Funktion einer Kirche hatte. Sie wurde von den Nazis mißbraucht, nachdem Preußen die Voraussetzungen dafürgeschaffen hatte. Unter der Regierung von Walter Ulbricht wurde die Ruine gesprengt. Das alles ist Geschichte und soll es auch bleiben. Potsdam als Wallfahrtsort für rechte Burschenschaften, Soldatenverbände, Neonazis, Preußenfanatiker und Unverbesserliche überhaupt – dieses durchgeknallte Szenario hatten wir schon 1991 bei der Sargüberführung der Preußenkönige nach Potsdam, und es wäre dann wieder vorstellbar. Der beste Vorschlag zu diesem Thema kam bei einer Diskussionsveranstaltung der Kampagne zwischen Gegnern und Befürwortern der Garnisonkirche: „Man sollte die Kirche mit den schon bereitstehenden Mitteln der Traditionsgemeinschaft aufbauen, aber nur 10 cm hoch, damit jeder darüber stolpert!"

André Rießler

Kontakt: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Lindenstraße 53, 14467 Potsdam, Tel. 0331/2805083. Dort kann man erfahren, wo die Listen für die Unterschriftensammlung ausliegen. Unterschreiben können PotsdamerInnen und EU-BürgerInnen mit Erstwohnsitz in Potsdam.

Einberufen – und was nun?

So gut wie jeder Wehrpflichtige, der sich hat mustern lassen, wird auch irgendwann einberufen. Spätestens jetzt sollte jeder entscheiden, was er als Wehrpflichtiger eigentlich will: "Leiste ich Wehrdienst oder Zuvieldienst oder verweigere ich total?" Hier geht es nun um die Formalien: Im Vorfeld empfehlen wir, zu überprüfen, ob das Kreiswehrersatzamt (KWEA) alles richtig gemacht hat. Falls nicht, kann im allerletzten Moment die Einberufung (EB) noch verhindert werden. Prinzipiell ist ein formloser Widerspruch gegen eine EB sinnvoll, aber manchmal kann sie gerade verkehrt sein. Darum gebe ich auf dieser Vereinsseite eine kleine Checkliste, wie ihr mit einer EB umgehen könnt. Grundsätzlich empfehle ich euch jedoch, so schnell wie möglich eine kompetente Beratungsstelle aufzusuchen.

Grundsätzliches

1 Zur Zeit geht eine EB dem Wehrpflichtigen in der Regel drei bis fünf Monate vor dem Dienstantritt zu. Es wird in Zukunft ein neues Musterungs- und Einberufungsverfahren geben, das eine EB bereits ein Jahr vor Dienstantritt ermöglicht.

2 Hat ein Wehrpflichtiger zum Beispiel eine zweite Ausbildung begonnen und das erste Drittel vollendet, kann er die EB anfechten und sich erneut zurückstellen lassen. Dies gilt auch, wenn er bereits eine Ausbildung abgeschlossen hat. Eine Zurückstellung wird abgelehnt, wenn durch sie Einberufungshöchstgrenzen überschritten werden.

3 Sehr wichtig ist die Art und Weise der Zustellung durch die Post: Normale Briefe können jederzeit verlorengehen, es kann nicht bewiesen werden, daß sie den Empfänger erreicht haben. Einschreibebriefe müssen nicht angenommen werden, sie liegen sieben Tage auf der Post und gehen dann „unzugestellt" zurück zum Absender. Sogenannte „Postzustellungsurkunden" (PZU) gelten per Gesetz als zugestellt, das bedeutet: Ausreden gibt es nur in Einzelfällen. Eine PZU gilt als zugestellt, egal, ob der Briefträger den Empfänger angetroffen hat oder nicht. Die Benachrichtigung, daß eine PZU eingetroffen ist und auf der Post niedergelegt wurde, gilt als Nachweis, daß sie beim Empfänger eingetroffen ist.

Was ist zu überprüfen, wenn eine Einberufung kommt?

Die erste Frage lautet: Wie wurde die EB zugestellt? Ein Einschreibebrief gilt erst am dritten Tag nach Aufgabe bei der Post als zugestellt, selbst wenn der Empfänger schon am zweiten Tag den Empfang bestätigt hat. Ein Betroffener hat also noch die Möglichkeit, schnell zum KWEA zu laufen und einen KDV-Antrag zu stellen. In diesem Fall muß die EB zurückgezogen werden. Eine Postzustellungsurkunde gilt ab dem Tag der Niederlegung auf der Post als zugestellt. Prinzipiell gilt eine EB nur dann, wenn sie am ersten Wohnsitz (Meldeadresse) zugestellt wird. Falls die EB an einer falschen Adresse zugestellt wurde, jedoch der Empfänger nachweislich Kenntnis von der EB hat, so wird durch die tatsächliche Kenntnisnahme der Formfehler geheilt. Das bedeutet, wenn ein Wehrpflichtiger gegen eine solche – falsch zugestellte – EB Widerspruch einlegt, kann das KWEA nachweisen, daß er von der EB Kenntnis genommen hat, und der Widerspruch wird abgelehnt. Der Wehrpflichtige muß in diesem Fall also die Nerven behalten und darf auf einen solchen EB-Bescheid nicht reagieren. Andere Personen (z.B. die Eltern), die an der Zustelladresse wohnen, sollten die EB einfach ans KWEA zurückschicken. Hat ein Wehrpflichtiger seinen ersten Wohnsitz bei seinen Eltern, so ist eine Ersatzzustellung bei den Eltern zulässig. Eine EB ist nur dann zulässig, wenn sie vom zuständigen KWEA (das des ersten Wohnsitzes) kommt. Falls eine EB vom falschen KWEA kommt, muß man Widerspruch einlegen, sonst gilt die EB! Die Kenntnisnahme allein heilt den rechtswidrigen Akt nicht. Vorsicht, Falle: Falls ein KWEA zuständig war, als das Einberufungsverfahren begann (zum Beispiel mit einer Vorbenachrichtigung), so kann es zuständig bleiben, auch wenn der Wehrpflichtige umzieht. Die Vorgehensweise bei einer EB vom falschen KWEA ist also, Widerspruch einzulegen und beim Verwaltungsgericht um einstweiligen Rechtsschutz nachzusuchen.

Michael Behrendt

Termine

Vorschau für den Zeitraum vom 15. Juli bis zum 15. Oktober 1997

bis 08. 08. Berlin
„Besser die Hände gefesselt als der Wille" Ausstellung über Leben und Wirken von Franz Jägerstätter. Mit Begleitprogramm. Veranstalter: Aktionsbündnis Potsdamer Appell und Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
Kontakt: Potsdamer Appell
Tel. 030/61 50 05-60
Fax 030/61 50 05-99

19. 07. Berliner Kampagnenfest
19 Uhr: 7 Jahre Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär.
Kontakt: Kampagne gegen...,
Oranienstraße 25, 10999 Berlin
Tel. 030/61 50 05-30/-31
Fax 030/61 50 05 29
campaign@ignaz.in-berlin.de
http://www.snafu.de/~campaign

ab 20. 07. Potsdam
Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht in Jugoslawien 1941–1944", Kontakt: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär,
Lindenstraße 53, 14467 Potsdam
Tel. 03 31/280 50 83
Fax 03 31/270 87 28

26. 07. Mutlangen
Mitgliederversammlung der Friedens- und Begegnungsstätte, Schwerpunkt: „Stoppt Cassini",
Kontakt: Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen,
Forststraße 3, 73557 Mutlangen Tel. 07171/756 61
Fax 07171/79 53 84

30. 07.– 05. 08. Wendland
„Sommer-Camp im Wendland" veranstaltet von „X-tausendmal quer" in Zusammenarbeit mit der Villa Mir, der Kurve Wustrow und der Verdener Umweltwerkstatt e.V.
Kontakt: „Sommer-Camp im Wendland", Volzendorf Nr. 13, 29485 Lemgow
Tel. 058 83/14 94, Fax 414

03. 08. Colbitz-Letzlinger Heide
49. Friedensweg am Truppenübungsplatz, Treffpunkt: Landeberg, Parkplatz an der B 189
Kontakt: BI OFFENe HEIDe
Helmut Adolf
Vor der Teufelsküche
39340 Haldensleben
Tel. 039 04/46 49 33

03. 08. Wittstock
Protestwanderung gegen das Bombodrom in Wittstock
Kontakt: BI FREIe HEIDe,
Helmut Schönberg
Tannenstraße 12
16090 Schweinrich
Tel. 03 39 66/6 02 46

03.–10. 08. Schweinrich (bei Wittstock)
IV. Antimilitaristische Sommeraktionstage für FREIe HEIDe, Naturcampingplatz am Dranser See, Vom Wendland lernen heißt...?! – Gewaltfreie Spaß- u.a. Aktionen gegen die Einrichtung eines Bombenzielwurf- und Tiefflug Übungsplatzes – Basis für out-of-area Einsätze von Bund und Nato
Kontakt: Freie-Heide-Gruppe,
c/o A-Laden Moabit, Rathenower Straße 22, 10559 Berlin
Tel./Fax 030/394 6167 oder 030/401 34 26

04.–10. 08. Biblis/Büchel
„Radeln gegen Atomwaffen" Radfahrt von Biblis bis Büchel
Kontakt: Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen,
Roland Blach, Bebelstraße 24
70806 Kornwestheim
Tel. 07154/220 26
e-mail: gaaa@who.net

05. 08. Berlin
20 Uhr „Widerstanden, überlebt". Deutsche Deserteure aus dem Zweiten Weltkrieg erzählen ihre Erlebnisse. Film von Michael Schehl und Guntram Fink, anschließend Diskussion mit den Filmemachern.
Kampagne gegen ...,
Oranienstraße 25, 10999 Berlin

08. 08. Berlin
20 Uhr „Der Fall Jägerstätter" Film von Axel Corti. Mit Diskussion. Veranstalter: Aktionsbündnis Potsdamer Appell und Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
Oranienstraße 25, 10999 Berlin
Tel. 030/61 50 05-60
Fax 030/61 50 05-99

01. 09. Weltfriedenstag

03. 10. AMOK
Parade der Deserteure und WehrkraftzersetzerInnen durch Berlin – Das Antimilitaristische Oberjubel-K.O.M.I.T.E.E. AMOK ruft auf zur 2. Jubelparade unter dem Motto: „Das Volk lacht das Militär aus", Kontakt: AMOK, Oderberger Straße 47, 10435 Berlin
Tel. und Fax 030/448 54 64
amok@monochrome.com
http://monochrome.com/AMOK

11. 10. Helmstedt/Haldensleben
Der letzte Marsch – Stoppt Militaristen! Aktionen zur Ver/Behinderung des sechsten sogenannten Helmstedt-Marsches der Bundeswehr und der anschließenden Präsentation von Mördertechnik in Haldensleben im Rahmen eines Volksfestes. Kontakt:
TKDVer Sachsen-Anhalt
c/o Lothar Wesolowski
Robert-Koch-Straße 39
39128 Magdeburg
Tel. 0177/251 88 59
Fax 03 91/734 61 52

17.–18. 10. Georgsmarienhütte Osnabrück
Kriegsdienstverweigerung in Europa. Wege zur Gewissensfreiheit für Kriegsdienstverweigerer in europäischen Ländern. Eine gemeinsame Tagung des Trägerkreises European Peace Congress Osnabrück '98 und der Zentralstelle KDV.
Kontakt: Zentralstelle KDV
Dammweg 20, 28211 Bremen
Fax 04 21/347 96 30
Zentralstelle.KDV@t-online.de
http://www.dfg-vk.de/zentralstell-kdv

SERVICE

Adressen

Berlin

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
Oranienstraße 25
10999 Berlin (Kreuzberg)
Tel. 030/61 50 05 30/-31
Fax 030/61 50 05 29
campaign@ignaz.in-berlin.de
http://www.snafu.de/~campaign

Überblicksveranstaltung dienstags 17:30; Doppelstaaterberatung, Beratung für Deserteure, Totalverweigerer und alle anderen nach Vereinbarung
Aktuelle Fragestunde freitags 17:30, Soldaten- und Reservistenberatung jeden 1. Freitag im Monat 19:30–20:30
Vorbereitung auf die mündliche KDV-Anhörung montags 17:30

TKDV-Beratung im Stadteilladen Zielona Gora
Grünberger Straße 73,
10247 Berlin, Tel. 030/292 24 71
Mi 16:00–18:00

Schwule Kriegsdienstgegner e.V.
c/o „Mann-O-Meter"
Motzstraße 5, 10777 Berlin (Schöneberg)
Beratung mittwochs 18:30–20:00

Zivildienstberatung
im Statthaus Böcklerpark, Prinzenstraße 1, 10969 Berlin (Kreuzberg), Beratung donnerstags 18:30–20:00

bundesweit

Kampagne Potsdam
Lindenstr. 53, 14467 Potsdam
Tel. 03 31/280 50 83
Fax 03 31/270 87 28
Beratung Montag–Mittwoch 18:00–20:00

Kampagne Leipzig
Rainer Müller c/o Neues Forum, Jahn-Allee 67, 04177 Leipzig (Lindenau)
Tel. 03 41/441 17 95
Fax 03 41/261 53 66
Beratung nach Absprache

Kampagne Cottbus
Straße der Jugend 100, 03050 Cottbus, Tel. 03 55/48 32 30
Beratung nach Absprache

Kampagne Bernau
im „Dosto", Breitscheidstr. 43a, 16321 Bernau bei Berlin
Tel. 033 38/55 90, Beratung mittwochs 18:00–19:00

Kampagne Neubrandenburg DFG-VK Mecklenburg-Vorpommern
c/o Monty Schädel, Mahatma-Gandhi-Dorfstraße 12
17039 Hohenmin
Tel. 039 61/ 211 30
Fax 039 61/ 211 053

Überblicksveranstaltung jeden 2. Do/Monat 17.00 in der Brinkstr. 6, 17033 Neubrandenburg,
Beratung nach telefonischer Vereinbarung

Kontaktstelle TKDV Kassel
c/o Bazille, Sickingenstraße 10
34117 Kassel
Tel./Fax 05 61/ 153 58

Kontakt TKDV Göttingen
Jan Steyer, Geismarlandstr. 12
37083 Göttingen
Tel. 05 51/ 723 92

TKDV-Initiative Braunschweig
c/o Detlev Beutner
Helmstedter Straße 21
38102 Braunschweig
Tel./Fax 05 31/ 79 46 88
deti@trashcan.shnet.de

TKDVer Sachsen-Anhalt
c/o Lothar Wesolowski
Robert-Koch-Straße 39
39128 Magdeburg
Tel. 0177/ 251 88 59
Fax 03 91/ 734 61 52

Kontakt TKDV Dinslaken
Klaus Fischer, Wallstraße 8
46535 Dinslaken
Tel. 020 64/720 83
Fax 020 64/720 84

Rechtshilfefonds

Pro Total
c/o IdK e.V. (im Mehringhof)
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Spendenkonto: Ökobank e.G.
BLZ 500 901 00, Kto. 20 90 90

Hilfsfonds für den Frieden
Große Klausstraße 11
06108 Halle, Spendenkonto:
Sparkasse Halle, BLZ
800 537 62, Kto. 381 085 548

Solidaritätsfonds für Totale Kriegsdienstverweigerer der DFG-VK
c/o Klaus Fischer, Wallstraße 8
46535 Dinslaken
Spendenkonto: Ökobank e.G.
BLZ: 500 901 01, Kto. 18 20 01

» BUNDESWEHR ? «

coole kids dienen nicht!

DESHALB: 030 · 615 005 30

http://www.snafu.de/~campaign

030 · 615 005 30

Kampagne gegen Wehrpflicht Zwangsdienste Militär